



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Soziale Stadt – Arbeitshilfe Monitoring



Soziale Stadt – Arbeitshilfe Monitoring




Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

 **EIGLER**
& Partner
Gesellschaft für Kommunalberatung
und Projektmanagement mbH

 Gesellschaft für
Stadtentwicklung mbH

Vorwort.....	3
1. Anlass und Ziel der Arbeitshilfe	4
2. Was ist Monitoring? Anwendung in der Praxis	8
2.1 Raubeobachtung.....	8
2.2 Monitoring als Programmelement der Sozialen Stadt.....	8
2.2.1 Anwendung in der Programmdurchführung	9
2.2.2 Anwendung in der Programmevaluierung und -verstetigung.....	11
3. Dimensionen eines Monitorings in Gebieten der Sozialen Stadt	13
3.1 Struktur und Dynamik eines Gebietes.....	13
3.2 Monitoring als mehrdimensionale Raubeobachtung	15
4. Aufbau eines Monitorings.....	19
4.1 Methodische Voraussetzungen.....	19
4.2 Schritte zum Aufbau.....	20
4.3 Basisvariablen und Datenbeschaffung.....	23
5. Der „Basisvariablensatz“ als Grundlage eines Monitorings	26
6. Interpretation der Monitoringergebnisse.....	34
7. Fazit	41
Literaturverzeichnis	43

Vorwort

Die zunehmende sozialräumliche Polarisierung in den Städten und Gemeinden erfordert eine vorausschauende und präventive Stadtentwicklungspolitik. Mit dem Programm Soziale Stadt setzen sich Bund, Länder und Kommunen seit 1999 für eine zukunftsfähige Entwicklung wirtschaftlich und sozial benachteiligter Stadtquartiere ein. Die Beteiligung der Kommunen am Programm Soziale Stadt steigt stetig und belegt den gesellschaftlichen Handlungsbedarf, gegen soziale Ausgrenzung vorzugehen.

Unabdingbar für eine vorausschauende Stadtentwicklung und erfolgreiche Realisierung der Sozialen Stadt ist es, die Entwicklung in den Gebieten mit geeigneten Instrumenten zu erfassen. Monitoring und Evaluierung haben als Instrumente der Qualitätsentwicklung und Politiksteuerung zunehmend an Bedeutung gewonnen. Mit ihnen können Transparenz und Öffentlichkeit über die Rahmenbedingungen und Aufgaben der Gebietsentwicklung hergestellt und passgenaue Strategien vor Ort entwickelt werden. Monitoring und Evaluierung sollten daher als integrale und aktive Bestandteile der Programmumsetzung etabliert werden. Die Bauministerkonferenz hat diese Empfehlung schon früh in den Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt aufgenommen. Auch in der Städtebauförderung allgemein sind die Anforderungen – nicht zuletzt durch die seit 2006 neue Grundlage für die Bundesfinanzhilfen in Artikel 104b Grundgesetz – in Politik und Verwaltung gewachsen, über Qualität und Zielgenauigkeit der Programme und Fördermaßnahmen zu informieren.

Zahlreiche Kommunen setzen sich bereits erfolgreich für ein Monitoring ein, um die Situation und Trendentwicklungen im Stadtgebiet zu beobachten. Im Sinne eines Frühwarnsystems können Gebiete mit sozialen und städtebaulichen Problemlagen identifiziert und gezielt stadtentwicklungspolitische Maßnahmen eingeleitet oder fortentwickelt werden. Trotz des wachsenden Bewusstseins für die Notwendigkeit aussagekräftiger Informationssysteme steht eine breite Einführung in der kommunalen Praxis jedoch noch aus.

Mit der Arbeitshilfe soll ein breiter Dialog über die Einführung und Fortschreibung eines Monitorings im Programm Soziale Stadt befördert werden. Es werden Eckpunkte für ein Monitoring auf kommunaler Ebene formuliert und Vorschläge für die Ausgestaltung und Umsetzung zur Diskussion gestellt. Die Arbeitshilfe versteht sich damit als Diskussionsgrundlage und als praktische Handreichung für Kommunen. Sie soll bestehende Aktivitäten unterstützen und zugleich den Erfahrungsaustausch über wirksame Instrumente zur Begleitung des Programms Soziale Stadt befördern.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

1. Anlass und Ziel der Arbeitshilfe

In den letzten Jahrzehnten haben sich die räumlichen Muster und die soziale und wirtschaftliche Entwicklungsdynamik beschleunigt und ausdifferenziert. Dies betrifft nicht nur die ungleiche regionale und gesamtstädtische Entwicklung, sondern auch die innerstädtischen Entwicklungsprozesse. Soziale Entmischung und Segregationserscheinungen sind vielerorts die Folge. Mit der Einführung des Programms Soziale Stadt im Jahr 1999 haben der Bund und die Länder auf sich ändernde und zunehmend komplexere Anforderungen zur Revitalisierung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf reagiert. Ein besonderes Merkmal des Programms Soziale Stadt – mit gegenwärtig über 500 Programmgebieten – ist die Konzipierung als lernendes Programm, das auf die Lösung der spezifischen Probleme in den Programmgebieten und in den unterschiedlichen Handlungsfeldern gemeinsam mit lokalen Akteuren und Netzwerken ausgerichtet ist. Um auffällige Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, räumliche Schwerpunkte und geeignete Maßnahmen zu identifizieren und die damit eingeleiteten Entwicklungsverläufe zu verfolgen, sieht das Programm Soziale Stadt ein „Monitoring“ als ein kleinräumiges Stadtraumbeobachtungsinstrument vor. Im Leitfaden der Bauministerkonferenz zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ werden Monitoring und Evaluierung als integrale und aktive Bestandteile des Programms benannt.

Der gegenwärtige Stand der Evaluierung bestätigt eine erfolgreiche Umsetzung und Fortentwicklung des Programms Soziale Stadt in den Programmgebieten. Gleichzeitig wird aus den Evaluierungsberichten der Länder und Beobachtungen in der kommunalen Praxis deutlich, dass trotz der allgemein gewachsenen Bedeutung eines Monitorings für die Programmsteuerung und die Wirkungskontrolle seine Einführung und Umsetzung als ein die Durchführung begleitendes Instrument nicht durchgängig erfolgt ist. Dies haben das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zum Anlass für die Erarbeitung einer Arbeitshilfe zum Aufbau eines Monitorings im Programm Soziale Stadt genommen.

Mit dem Monitoring hat im Programm Soziale Stadt ein Beobachtungsinstrument Eingang in die Stadterneuerung gefunden, das als Element der Programm- und Maßnahmenoptimierung durch die Programmgemeinden eine wichtige Bedeutung hat. In der Breite der Handlungsfelder der Sozialen Stadt von Städtebau, Wohnen, Wirtschaft, Beschäftigung, Bildung und Ausbildung, Kommunikations- und Organisationsstrukturen im Quartier ist das Monitoring ein innovatives Element in der Stadterneuerung, auch wenn mit den vorbereitenden Untersuchungen der klassischen Städtebauförderung bereits eine Keimform für ein Monitoring angelegt war.

Die Praxis der Kommunen beim Monitoring ist äußerst unterschiedlich. Differenzierte und zum Teil methodisch sehr komplexe Monitoringverfahren für städtische Teilräume, speziell in Großstädten, stehen im Kontrast zu einer zurückhaltenden Anwendung dieses Instruments insbesondere in kleineren und mittleren Gemeinden. Seit Mitte der 80er Jahre entwickelt eine wachsende Zahl von Städten auf der Basis freiwilliger Kooperation ein Instrument zur Innerstädtischen Raumbewertung (IRB), um auf der Basis eines abgestimmten Merkmalkatalogs kleinräumig Daten zur Bestimmung

von charakteristischen Gebietsentwicklungen bereitzustellen. Unter den 50 Städten, die derzeit an der Innerstädtischen Raumbewertung teilnehmen, ist jedoch keine Kommune mit weniger als 60.000 Einwohnern. Die Evaluierungsberichte zum Programm Soziale Stadt sprechen deshalb häufig vom Monitoring als einer besonderen Herausforderung an die Kommunen.

Die Gründe, weswegen eine systematische Gebietsbeobachtung in den Programmgebieten noch nicht durchgängig praktiziert wird, sind vielfältig:

- » Unklarheit des Begriffs Monitoring und der Methode: Im Vergleich zur eingespielten Praxis z.B. der vorbereitenden Untersuchungen sind Monitoring und Stadtraumbeobachtung Begriffe, deren Inhalte in der Erarbeitung wie der Anwendung vielfach noch unklar sind. Ein anwendungsorientiertes breites Erfahrungswissen fehlt.
- » In der Praxis der Programmdurchführung wird der Realisierung konkreter Projekte der Vorzug gegenüber der Einführung von Monitoringsystemen gegeben. Die Hilfestellungen, die ein Monitoring in der Erneuerungspraxis bietet, werden häufig noch zu wenig erkannt.
- » Ebenso wie die kommunale Praxis des Monitorings in den Evaluierungen häufig als defizitär beschrieben wird, sind die Bewilligungsbehörden der Länder überwiegend zurückhaltend, von den Kommunen ein Monitoring einzufordern oder ihnen durch Arbeitshilfen zu einer verbesserten Praxis zu verhelfen.

Diese Arbeitshilfe soll daher einen praxisnahen Einstieg in ein Monitoring der Programmgebiete geben und Anwendungsmöglichkeiten aufzeigen. Sie richtet sich insbesondere an Programmgemeinden der Sozialen Stadt, die bislang kein systematisches Beobachtungssystem eingeführt haben.

Vielfach ist nicht bewusst, dass mit den Ergebnissen der vorbereitenden Untersuchungen und Voruntersuchungen bereits der Grundstock eines Variablenatzes gelegt ist, der für ein Monitoring nur zu ergänzen und kontinuierlich fortzuschreiben ist. Die Arbeitshilfe soll Anreiz sein, die vorhandenen Erhebungsergebnisse zu systematisieren, zu ergänzen und laufend fortzuschreiben.

Die einem Stadtteilmonitoring zugrundeliegenden Merkmale für eine Beschreibung des Gebiets und dessen Entwicklung sollen in der Datengrundlage einfach und möglichst ohne eigene Erhebung zu beschaffen sein. Die vorgeschlagenen Merkmale stellen hierbei einen „Basisvariablenatz“ dar. Dieser kann je nach örtlicher Ausgangssituation angepasst werden. Es ist darauf Wert zu legen, dass die Ergebnisse durch präzise Definitionen der Variablen und durch die technische Darstellung (z.B. als Datenbank) leicht fortschreibungsfähig sind. Eine mit geringem Aufwand durchführbare periodische Aktualisierung des Monitorings ist Bedingung für die Beschreibung von Entwicklungsverläufen und die Anpassung von Maßnahmekonzepten und letztlich auch Grundlage für die Entwicklung von Verstetigungsansätzen.

Die Auswertung und Interpretation von Monitoringergebnissen soll - mit einer etwaigen anfänglichen Beratung - vor Ort erfolgen können, damit die Monitoringergebnisse direkt in die operative Programmdurchführung und Fortschreibung der integrierten Entwicklungskonzepte eingehen können.

Die Arbeitshilfe soll aber auch ein generelles Hilfsmittel in der Stadtentwicklung über das Einsatzfeld des Programms Soziale Stadt hinaus sein. Auch für weitere Städtebauförderungsprogramme wie „Stadtumbau“ oder „Aktive Orts- und Stadtteilzentren“ sind datengestützte Stadtraumbeobachtungen notwendig, um die stadträumliche Ausdifferenzierung zu erkennen und durch kleinräumige Beobachtungsinstrumente Prozesse in der Stadtentwicklung und stadtentwicklungspolitische Maßnahmen zielgerichtet steuern zu können. Die Methodik der Stadtraumbeobachtung ist im Prinzip die gleiche. Parallel zum Aufbau eines Monitoringsystems im Programm Soziale Stadt wie auch beim Einsatz anderer Förderprogramme wird bei der Umsetzung von Stadtentwicklungsstrategien auch die Durchführung einer Evaluation empfohlen. Basis hierfür kann ein „Fördermonitoring“ auf örtlicher Ebene sein, um ergänzend zur sozialräumlichen Gebietsentwicklung die Maßnahmenswerpunkte und die Aktivitäten und Ergebnisse der Programmdurchführung abzubilden.

Exkurs

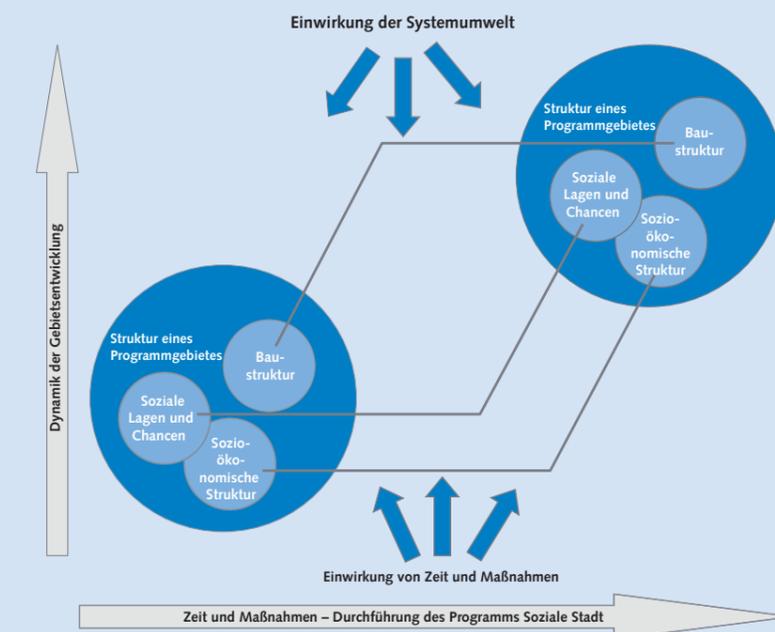
Abgrenzung von Monitoring zu Evaluation

Monitoring stellt auf die indikatorengestützte Beobachtung der Entwicklung eines Gebiets (im Vergleich zur Gesamtstadt und Referenzgebieten) und die objektivierte Identifizierung von Problemsituationen und kritischen Entwicklungsverläufen ab.

Evaluierung dagegen zielt auf die Wirkungskontrolle eines Maßnahmenkonzepts und eingeleiteter Einzelmaßnahmen. Neben anderen empirischen Grundlagen sind die Ergebnisse des Monitorings dabei ein Element, auf das sich die Wirkungskontrollen zur Gesamtmaßnahme wie zu Einzelmaßnahmen stützen können. Die Hauptaussage, die ein Monitoring für eine Evaluierung erbringen kann, ist aber, ob die dem integrierten Entwicklungskonzept zugrunde liegenden Problemlagen fortbestehen oder nicht.

Es kann von einem Monitoring nicht erwartet werden, dass sich die Wirkung eingeleiteter Maßnahmen nach dem „Wenn-dann-Prinzip“ direkt in den Kenndaten des Monitorings ablesen lässt. Dies liegt zum einen daran, dass die auf ein Gebiet einwirkenden Rahmenbedingungen wie auch die innere Dynamik des Gebietes für eine monokausale Wirkungsanalyse nicht kontrolliert werden können. Zum anderen vollziehen sich soziale wie städtebauliche Prozesse häufig sehr langsam. Die Wirkungen treten in vielen Handlungsfeldern zeitlich verzögert ein und finden in einem engen Beobachtungsfenster keinen statistischen Ausdruck.

Am ehesten ist ein linearer Zusammenhang zwischen städtebaulichen Maßnahmen und deren Wirkung nachvollziehbar. Bei weichen, sozialintegrativen Maßnahmen liegt die beobachtbare Wirkung oft außerhalb des Beobachtungszeitraums oder ist wie z.B. bei Maßnahmen zur Verbesserung der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt nicht gegenüber den Einflüssen der Systemumwelt von Sozialer Stadt zu isolieren.



Quelle:
E&P / GfS

Eine Evaluierung wird daher Monitoringergebnisse heranziehen, aber auch andere Beobachtungen und Einschätzungen aus der Quartiersöffentlichkeit, Verwaltung und Politik berücksichtigen und diese werten.

2. Was ist Monitoring? Anwendung in der Praxis

2.1 Raubeobachtung

Monitoring, speziell als Indikatorenanalyse stadträumlicher Entwicklung, hat seinen Ausgangspunkt in der Funktion eines „Frühwarnsystems“ in der Politikberatung. Als Programmbestandteil der Sozialen Stadt steht Monitoring als Raubeobachtung in dieser Tradition.

Die Grundlage für die Bemessung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist die Laufende Raubeobachtung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), die zunehmend zu einem umfassenden statistischen Datenpool ausgebaut wurde und eine flächendeckende Beobachtung der Entwicklung der Lebensverhältnisse bis auf Kreis- und Gemeindeebene ermöglicht.

Unterhalb der räumlichen Ebene von Kreis und Kommune besteht kein einheitliches Beobachtungsverfahren. Die derzeit festzustellenden Unterschiede der Stadtraumbeobachtung in deutschen Kommunen sind beträchtlich. So reicht Monitoring von der gesamtstädtischen Betrachtung und Abbildung der Strukturen und Stadtteilentwicklungen in Clustern (z. B. in Berlin) bis hin zur Betrachtung sehr überschaubarer ausgewählter Indikatoren mit unterschiedlichen räumlichen Bezügen.

Die Gründe für die Unterschiede in Stand und Methodik sind vielfältig: Gemeindegröße und unterschiedliche „Planungskulturen“ spielen ebenso eine Rolle wie die unterschiedlichen personellen und organisatorischen Kapazitäten der Kommunen. Zweifelsfrei wird Monitoring bei zunehmender Ausdifferenzierung der Städte eine wachsende Bedeutung in der Steuerung kommunaler Entwicklung gewinnen.

2.2 Monitoring als Programmelement der Sozialen Stadt

Die unterschiedlichen Wege und Sachstände einer Stadtraumbeobachtung gelten auch für das Monitoring in den Kommunen des Programms Soziale Stadt. Die von den Bewilligungsstellen der Städtebauförderung im Zuge von Programmaufnahme und Jahresanträgen angeforderten Datensets zu Gebietsgröße, Einwohnerzahl, Ausländeranteil, Arbeitsplätzen und sozialer Lage usw. sind Ausgangsvariablen einer Stadtraumbeobachtung. Ein Ansatz zum Monitoring für die Soziale Stadt besteht darin, diese Merkmale um Indikatoren für eine systematische Beobachtung der komplexen Stadtteilprozesse zu ergänzen und durch kontinuierliche Fortschreibung diese Momentaufnahmen von Stadtteilstrukturen zu einem Bewegungsbild der Stadtteilprozesse fortzuentwickeln.

Als ein „Vorläufer“ des Monitorings können die vorbereitenden Untersuchungen nach dem Baugesetzbuch angesehen werden. Gegenüber einem Monitoring sozialräumlicher Entwicklungen auf Gebietsebene setzen sie jedoch andere Schwerpunkte:

- » Die vorbereitenden Untersuchungen nach § 141 Baugesetzbuch sind primär mit Fragestellungen speziell zur Feststellung von baulichen und funktionalen Missstän-

den und Mängeln i.S.d. Baugesetzbuches verbunden, mit dem Ziel, rechtssicher ein Gebiet für den Einsatz von Städtebauförderungsmitteln und des besonderen Städtebaurechts festzulegen. Die Kontextdaten zur demographischen und sozialen Struktur sind gegenüber dieser Funktion eher nachrangig.

- » Die vorbereitenden Untersuchungen zielen ab auf die einmalige Beschreibung einer **Gebietsstruktur** als Arbeitsgrundlage vor allem städtebaulicher Maßnahmen und weniger auf die Darstellung und Analyse der **Dynamik einer Gebietsentwicklung**. In der Praxis ist ihre Aktualisierung keine kontinuierliche, sondern eine sporadische Erneuerung der Arbeitsgrundlagen.

Für ein Monitoringsystem im Programm Soziale Stadt stellen sich somit zwei Aufgaben: Zum einen die Erweiterung der Stadtteilbeobachtung hin zu einer Untersuchung sozialer Prozesse, ungleicher Lebensqualitäten und „sozialer Chancen“, zum anderen hin zu einer kontinuierlichen Beobachtung von Stadtentwicklungsprozessen und deren Steuerung im Programm Soziale Stadt.

Als Programmelement der Sozialen Stadt erweitert ein Monitoring den Kranz der sozioökonomischen Kontextdaten über die Kennwerte der Altersstruktur, sozialen und ethnischen Zusammensetzung hinaus in die Dimension einer Beobachtung von **Lebenslagen und Lebensqualitäten**. Eine Ausweitung der Beobachtungsdimensionen bei einem Monitoring über die primär städtebaulichen Determinanten hinaus ist allein deswegen angezeigt, weil durch das Programm Soziale Stadt die **Handlungsfelder erweitert** wurden z.B. um Wirtschaft und Beschäftigung, Bildung, soziale Integration, Kommunikation und Kultur in einem Gebiet.

Allgemein ist die Zielsetzung in den Programmgebieten der Sozialen Stadt die der Stabilisierung der Gebietsstruktur und die Heranführung der Gebiete an eine „normale“, der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse entsprechende Entwicklung. Dies setzt eine kontinuierliche Beobachtung der Gebietsentwicklung, also ein Monitoring, voraus, um im Vergleich mit anderen Stadträumen zu überprüfen, in welchen Bereichen besonderer Handlungsbedarf besteht und ob ein **Maßnahmenkonzept** für die angestrebte Gebietsentwicklung angemessen ist.

2.2.1 Anwendung in der Programmdurchführung

Vorbereitung: Gebietsauswahl und Gebietsabgrenzung

Eine systematische und mehrdimensionale stadträumliche Untersuchung kann die Gebietsauswahl (bei konkurrierenden Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf) loslösen vom Stadtteilimage und die Gebietsauswahl objektivieren. Der Vergleich von Strukturdaten und -indikatoren versachlicht Entscheidungen über die Gebietsauswahl und macht diese für die Förderstellen nachvollziehbar.

Ebenso wichtig ist, dass der Aufbau eines Monitorings – allein durch die Mehrdimensionalität – zu qualifizierteren Gebietsabgrenzungen beiträgt. Die Wahrnehmung von Stadt ist zuerst orientiert an baulichen Strukturen und baustrukturellen Einheiten, während die funktionalen Bezüge und gar die „Lebensverhältnisse“ sich dem ersten Blick entziehen. Monitoring hilft hier städtebaulich und sozialökonomisch gleichermaßen qualifizierte Gebietsabgrenzungen vorzunehmen.

Konzept- und Strategieentwicklung: Zielentwicklung und Erarbeitung eines Integrierten Entwicklungskonzeptes (IEK), Bestimmung von Prioritäten

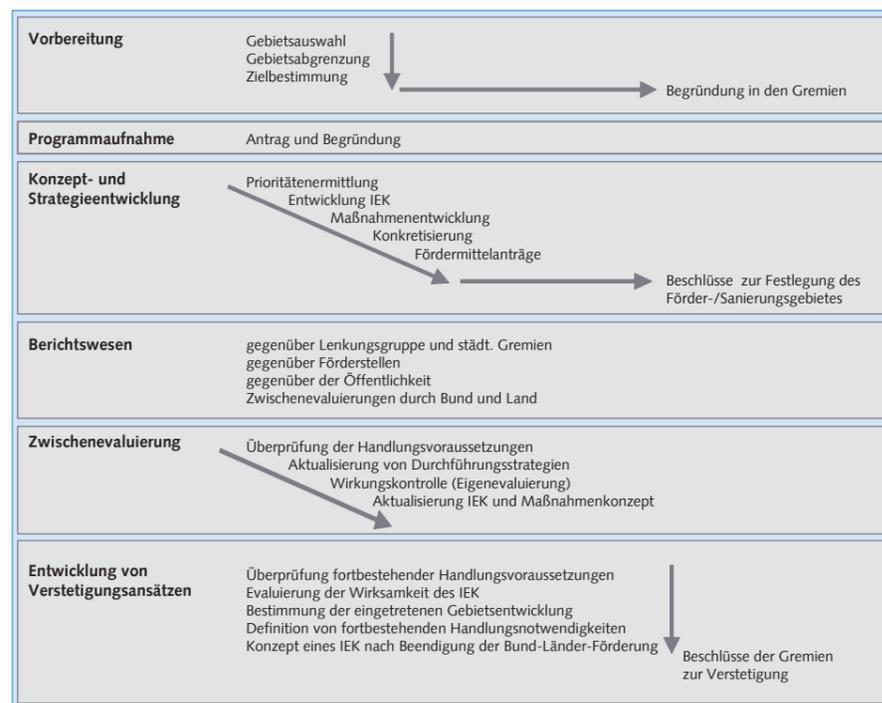
Problemdefinition und Zielentwicklung sind Prozesse, in denen professionelle wie persönliche Präferenzen eine Rolle spielen. Es kommt hinzu, dass die Problemanalyse oft nicht losgelöst von der Planungsphase ist und Problemlösungen schon in die Analysephase hineinwirken. Im Extremfall kann dies bedeuten, dass Probleme vernachlässigt werden, für die keine Lösung gesehen wird, und umgekehrt, dass Lösungsansätze eingebracht werden für Probleme, bei denen der Handlungsbedarf weniger groß ist.

Ein in der Anfangsphase einsetzendes Monitoring ist ein Hilfsmittel für die Definition von Prioritäten. Die objektivierte Darstellung „auffälliger“ Stadtteilentwicklungen im Vergleich zur Gesamtstadt oder anderen Quartieren ist die Basis, um auf identifizierte Auffälligkeiten mit strategischen und operativen Entwicklungszielen und Maßnahmen zu antworten.

Berichtswesen und Zwischenevaluierung: Fortschreibungen des Integrierten Entwicklungskonzeptes

Als objektivierte Beobachtung ist Monitoring ein Instrument zur fortwährenden Begleitung und Fortentwicklung der Praxis. Um seinem Anspruch als „lernendes System“ gerecht zu werden, bedarf das Programm Soziale Stadt zur Vermeidung von sich einschleifenden Routinen in der Durchführung solcher selbstreflexiver Instrumente gegenüber der alltäglichen Praxis.

*Übersicht:
Einsatzbereiche des
Monitorings in Vorbereitung
und Durchführung des
Programms Soziale Stadt*



*Quelle:
E&P / GfS*

2.2.2 Anwendung in der Programmevaluierung und -verstetigung

Monitoring ist ein wichtiges Instrument für die Eigenevaluierung durch die Kommunen sowie die lokale Programmausgestaltung und -fortentwicklung. Auch wenn sich die Wirkung von Maßnahmen oft nicht kurzfristig und direkt in den Kennwerten des Monitorings darstellt, liefert das Monitoring Hinweise für die strategische Ausrichtung der Arbeit vor Ort und für den Handlungsbedarf über den Zeitraum der Förderung hinaus.

Die Bedeutung des Monitorings für die Evaluierung liegt auf verschiedenen Ebenen:

- » Bereits zu Beginn der Programmdurchführung kann das Monitoring als ein Instrument für eine **ex ante-Evaluierung** des Integrierten Entwicklungskonzeptes (IEK) genutzt werden. Die Fragestellung ist dabei: Stellt das Maßnahmenkonzept tatsächlich auf die sich im Monitoringbericht darstellenden Probleme und Rahmenbedingungen ab? Sind diese vollständig im Maßnahmenkonzept bearbeitet? Welche Wechselwirkungen bestehen zwischen den Maßnahmen? Zeigt der Monitoringbericht Probleme auf, die mit dem Instrumentarium der Sozialen Stadt nicht lösbar sind und die deshalb weitere Initiativen erfordern?
- » In der laufenden Programmdurchführung ist Monitoring bei der **Aktualisierung des IEK** und für die frühzeitige Entwicklung von Verstetigungsansätzen hilfreich. Dies gilt zum einen für die Überprüfung der Handlungsprioritäten und Maßnahmenkonzepte hinsichtlich der sich in den Monitoringergebnissen darstellenden lokalen Probleme: Stellt sich das für den Prioritätenplan leitende Problem noch in der gleichen Weise dar? Sind andere Probleme hinzugekommen, die anfänglich nicht so hoch bewertet wurden? Wie ist das IEK aktuell in Vollständigkeit und Bedarfsorientierung zu bewerten? Gibt es Problemstellungen, die als strukturelle Dauerprobleme anzusehen sind und anderer oder ergänzender Strategien als solcher im Rahmen der Sozialen Stadt bedürfen? Welche Probleme können als gelöst angesehen werden, auf welche muss man sich konzentrieren?
- » Monitoring unterstützt als Teil von **Zwischenevaluierungen** eine Prüfung der gesetzten Prioritäten und der darauf aufbauenden Strategien. Auf der Basis des Monitorings können die Ausrichtung und Schwerpunkte des Integrierten Entwicklungskonzeptes überprüft werden.
- » Gerade bei der **Entwicklung von Verstetigungsansätzen** ist ein Monitoring angezeigt, um frühzeitig die bei Entfallen der Bund-Länder-Förderung fortbestehenden Problemlagen einer nachhaltigen Lösung zuzuführen. Dies kann die Klärung von Organisations- und Ressourcenfragen für einen gleitenden Übergang in eine Phase nach dem Programm Soziale Stadt bedeuten. Dies kann aber auch heißen, bestimmte Maßnahmen und Ansätze in Regelstrukturen zu überführen, wenn die zugrunde liegenden Aufgaben dauerhaft oder wiederkehrend sind.

Gerade für die Entwicklung von Verstetigungsansätzen ist die systematische und objektivierte Darstellung (fort-)bestehender Probleme und Rahmenbedingungen Voraussetzung, um eine Diskussion über die Notwendigkeit der Fortsetzung sozial-

räumlicher Intervention führen zu können. Deshalb liegt die Bedeutung des Monitorings und des Monitoringberichtes auch darin, über subjektive Eindrücke und individuell unterschiedliche Meinungen hinaus Problemstellungen auch politisch kommunizieren zu können – sei es als Erfolgsbilanz („gelöstes Problemfeld“) oder als das Fortbestehen eines Problems, das unabhängig von der Programmförderung auf der Agenda kommunaler Interventionsstrategien verbleiben muss. In dieser Rolle ist Monitoring auch Politikberatung und -anleitung zur Verstetigung der eingeleiteten Maßnahmen und der Sicherung des Erreichten.

3. Dimensionen eines Monitorings in Gebieten der Sozialen Stadt

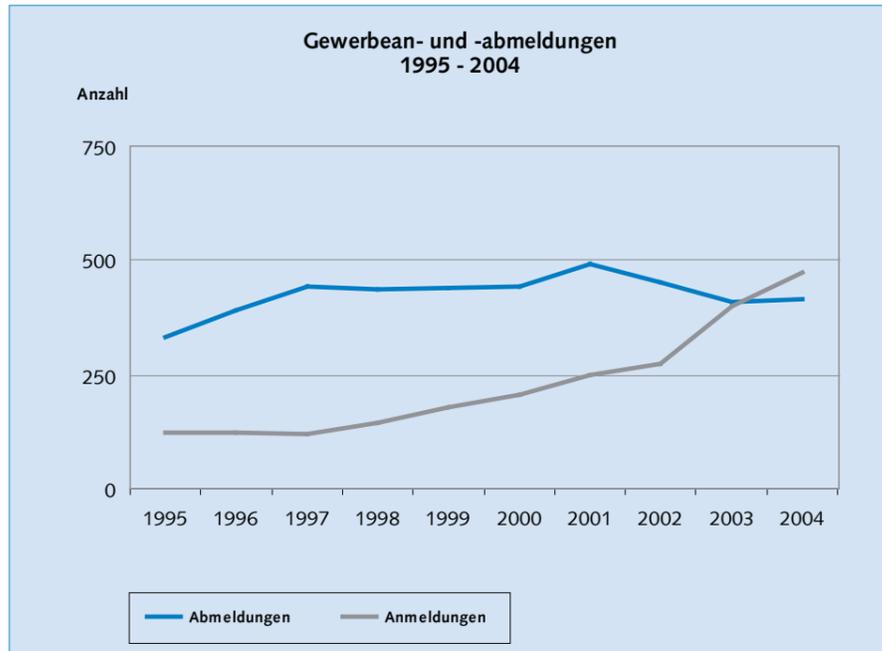
Einem Monitoring liegen zwar Indikatoren zugrunde, die sich auf statistische Daten stützen, es ist jedoch bedeutend mehr als eine „reine Datensammlung“. Die **Funktion der Indikatoren ist die eines Signals** für eine auffällige Entwicklung, auf die mit politischen Maßnahmen Einfluss genommen werden soll.

3.1 Struktur und Dynamik eines Gebietes

Untersuchungseinheit des Monitorings ist je nach Stand der Vorbereitung und Durchführung das „Verdachtsgebiet“ zur Aufnahme in das Programm Soziale Stadt oder das bereits festgelegte „Fördergebiet mit besonderem Entwicklungsbedarf“.

- » Bei einem Monitoring geht es zum einen um die „ganzheitliche Darstellung“ der **Struktur** eines Gebietes in der Kombination von städtebaulicher Charakteristik, sozio-ökonomischen Merkmalen sowie Lebensqualitäten und Lebenschancen der dort lebenden und arbeitenden Bevölkerung. Monitoring ist daher mehrdimensional. Die Beschreibung und Analyse der Struktur eines Gebietes beinhaltet auch die Bestimmung funktionaler Bezüge, soweit sie für die Darstellung der Gebietscharakteristik in den verschiedenen Dimensionen von Bedeutung sind. Beispiele für solche Bezüge, die über die Grenzen des Soziale-Stadt-Gebiets hinausreichen, sind z.B. Verkehr, Arbeitsmarkt, die Zugänglichkeit von Freiräumen, kulturelle und Bildungseinrichtungen.
- » Zweite wesentliche Funktion eines Monitorings ist die Beschreibung der **Dynamik**, also der Entwicklung eines Gebietes. Die Dynamik des Gebietes ist Ergebnis innerer Entwicklungen, darauf ausgerichteter Maßnahmen sowie auf die Gebietsentwicklung einwirkender äußerer Faktoren. Beispiele für äußere Faktoren sind neben makro-gesellschaftlichen Einflüssen (z.B. Konjunktur, Demographie, Förderpolitiken, Sozialgesetzgebung) solche in der Gesamtstadt und Region (z.B. Wirtschaft, Ausbildungssituation, Wohnungsmarkt, infrastrukturelle Rahmenbedingungen, regionale und kommunale Fachpolitiken).

Beispiel für die Dynamik des wirtschaftlichen Strukturwandels in einem Programmgebiet Soziale Stadt 1995 – 2004. Erst ab 2003 übersteigen Gewerbeneuanmeldungen die der Abmeldungen.



Quelle: Kassen- und Steueramt der Programmgemeinde, eigene Berechnung E&P / GfS

Die Analyse von Struktur und Dynamik eines Gebietes hat im Rahmen des Monitorings die Aufgabe

- » systematisch die Hauptproblemstellungen zu identifizieren,
- » Potenziale und Optionen aufzuzeigen,
- » die Probleme und Potenziale im Kontext der Rahmenbedingungen darzustellen, um daraus
- » Handlungsoptionen und -prioritäten abzuleiten, sowie im Weiteren
- » die Durchführungsstrategie zu überprüfen und fortzuschreiben.

3.2 Monitoring als mehrdimensionale Raumbewachung

Das Ziel eines ganzheitlich Gebietsstrukturen und Gebietscharakteristik abbildenden Monitorings von städtischen Teilräumen erfordert eine mehrdimensionale Raumbewachung. Die nachfolgende Darstellung gibt diese nicht trennscharfen Dimensionen idealtypisch wieder:

Dimensionen eines Monitorings durch Indikatoren			Qualitative Gebietscharakteristika
Städtebauliche Merkmale	Sozio-ökonomische Merkmale	Merkmale zu sozialer Lage und Chancen	Gebietsimage und -identität
Baustruktur	demographische Merkmale	Wohnverhältnisse	politische Teilhabe
Infrastruktur	Altersstruktur	Einkommensverhältnisse	Nachbarschaften
Misstände	Wanderungen	Bildungsbeteiligung	Vereinsleben
funktionelle Störungen	soziale Zusammensetzung	kulturelle Teilhabe	Kommunikationsstrukturen
Bodenmarkt	ethnische Zusammensetzung	„Armut“	kulturelle Identität
Mietmarkt	Beschäftigung	Arbeitsmarktchancen	soziale Konflikte
Bautätigkeit	Arbeitslosigkeit	Gesundheit	Selbstbild und Identität
...	Arbeitsmarkt	räumliche Mobilität	Image
	Segregationserscheinungen	soziale Mobilität	...
	wirtschaftliche Dynamik	Desintegration	

Quelle: E&P / GfS

» Städtebauliche Merkmale

Die Beobachtung städtebaulicher Strukturen erfolgt in der Regel im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen nach Baugesetzbuch oder anderer Voruntersuchungen. Der Schwerpunkt liegt traditionell auf der Bestimmung von Misständen und Mängeln in einem Gebiet und der Störung von Gebietsfunktionen. Maßstäbe sind dabei u.a. Wohn- und Arbeitsverhältnisse, öffentliche und private Infrastruktur, Beeinträchtigungen in Wohnen, Arbeit, Verkehr, Freizeit und Erholung.

Diese Untersuchungen sind in den Merkmalen nicht standardisiert und demographische und sozioökonomische Merkmale sind eher gering gewichtet. Neben baulichen und infrastrukturellen Untersuchungsmerkmalen als Basis werden in dieser Arbeitshilfe weitere Merkmale der Gebietsentwicklung wie die Bodenmarkt- und Mietverhältnisse, die Dynamik der Bauentwicklung und die Entwicklung des Immobilienmarktes zur Analyse vorgeschlagen.

» Merkmale des sozialen und ökonomischen Kontexts

Für ein Monitoring der Sozialen Stadt wird eine vertiefende Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Struktur eines Gebietes, der demographischen Entwicklung

und der ethnischen Zusammensetzung empfohlen. Hierzu sollten insbesondere die Fragen der Mobilität (als innerstädtischer Wanderung wie auch Fernwanderung), der Erwerbsbeteiligung, der Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Ausgrenzung (Stichworte: „Armut“ und „Prekariat“), die Entwicklung der Altersstruktur und die ethnische Zusammensetzung Berücksichtigung finden.

» **Merkmale zur sozialen Lage und zu sozialen Chancen**

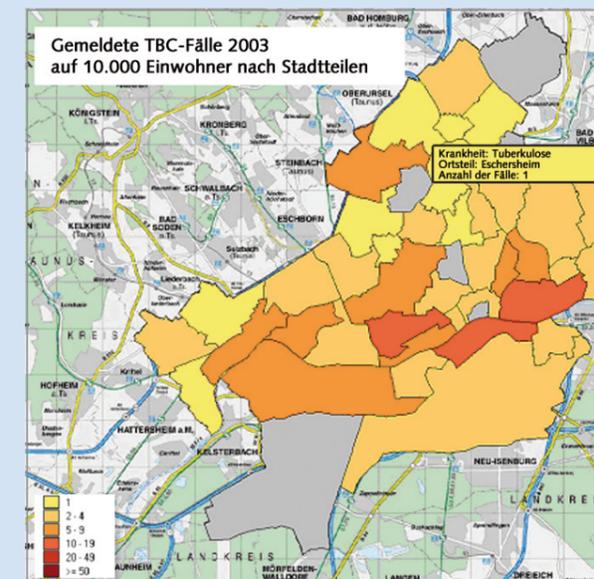
Die Zahl der Stadtteile, die für die dort Lebenden stigmatisierenden Charakter haben und ihre sozialen Chancen individuell reduzieren, ist in Deutschland im Vergleich auch zum europäischen Ausland gering. Doch gibt es unverkennbar Stadtquartiere, bei denen der Zugang der Bevölkerung zu öffentlichen Dienstleistungen und Gütern (z.B. Bildung und Ausbildung) reduziert ist und eine Ausgrenzung besteht. Zugleich mehren sich die Anzeichen einer fortschreitenden innerstädtischen Segregation („Gebiete mit hohem Anteil von Beziehern von Transferleistungen“ und sich räumlich und intergenerativ verfestigenden Benachteiligungen („Sozialhilfeempfänger der 2. und 3. Generation“)). Die Indikatoren für sich räumlich manifestierende Ungleichheit von Chancen und Beteiligung sollten bei der Untersuchung eines Verdachts- oder Programmgebietes berücksichtigt und fortgeschrieben werden.

Für das Monitoring wurden verschiedene Merkmale zur Gebietscharakteristik zusammengestellt, in denen sich Ungleichheiten in **Lebensqualität und Lebenschancen** abbilden. Es sind Merkmale zur Beeinträchtigung der Wohnqualität und des Wohnumfeldes, der Bildungs- und Ausbildungschancen, der Gesundheit, aber auch „Wohlstandskennziffern“ wie beispielsweise der Kaufkraftindex für ein Gebiet.

Exkurs

Indikatoren zur Sozialen Lage und Lebensqualität

Stärker noch als in den anderen Dimensionen ist der Abbildcharakter der sich in den Indikatoren zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Umwelt usw. nachzeichnenden Gebietscharakteristik bruchstückhaft. Werte zur kleinräumigen Immissionsbelastung sind z. B. nicht allgemein verfügbar, Bildungschancen lassen sich mit der Schulstatistik nur bis zur Sekundarstufe I nachzeichnen. Für das Thema Gesundheit im Stadtteil sind nur wenige Indikatoren verfügbar, und zudem sind diese nicht überall im Sinne eines geomedizinischen Informationssystems ausgewertet. Von den nach dem Bundesinfektionsschutzgesetz meldepflichtigen Erkrankungen z.B. eignet sich offensichtlich nur die TBC als Indikator für eine Häufung der Erkrankungen in der Wechselwirkung von individueller sozialer Situation und den Lebensverhältnissen im Stadtteil.



Beispiel für die Ausprägung erhöhter Inzidenz von nachgewiesenen TBC-Erregern im Stadtraum als Indikator für die gesundheitlichen Wohn- und Lebensverhältnisse

*Quelle:
Stadt Frankfurt am Main,
Stadt Gesundheitsamt,
Dr. Dr. René Gottschalk*

Die räumliche Konzentration des Nachweises von TBC-Erregern ist dabei kein Signal für eine epidemische Gefährdung, sondern Ausdruck einer durch soziale Zusammensetzung, Wohnverhältnisse, Ernährung usw. räumlichen Konzentration und damit Teil einer gesundheitlichen Gebietscharakteristik. Sie ist damit Beispiel für einen Indikator, mit dem ein Handlungsfeld und eine Handlungsrichtung signalisiert werden, aber keine konkreten Handlungsschritte. Ähnlich wie in Schuleingangsuntersuchungen festgestellte Häufungen auffälliger Befunde ergeben sich jenseits der individuellen Therapie hieraus keine direkten Handlungsanleitungen für die Akteure der Sozialen Stadt, sondern Signale auf ein Handlungsfeld.

Für die Dimension soziale Lage und Chancen im Monitoring gilt also, dass die Indikatoren hierbei Signale sein können, um mit dem Integrierten Entwicklungskonzept zu reagieren. Sie geben Hinweise auf Felder für eine vertiefte Analyse und gegebenenfalls durch andere Quellen zu kompletierende empirische Grundlagen.

» Die „qualitativen“ Merkmale einer Gebietscharakteristik (Beteiligung, Identität, Image...) lassen sich mit den quantitativen Methoden eines indikatorengestützten Monitorings nur unzureichend abbilden. Dazu ist ein anderes, in der Regel aufwendigeres methodisches Vorgehen erforderlich als ein sich primär auf die amtliche Statistik stützendes Analyseinstrument, wie es im Rahmen dieser Arbeitshilfe vorgeschlagen wird. Zusätzlich zu objektiven Merkmalen der Gebietsentwicklung sind auch die „weichen Standortfaktoren“ zu berücksichtigen, die sich in einer Verbesserung des Prestiges und Images des Gebiets, dem Engagement und Zusammenwirken der Beteiligten und ihrer Selbstorganisation äußern. Eine Analyse solcher qualitativer Merkmale kommt nicht ohne Meinungsbilder und Wertungen aus dem Kreis der Akteure, der Öffentlichkeit des Gebietes und der Stadt aus. Die nachfolgenden Hinweise sind als Merkpunkte für eine Annäherung an diese qualitativen Rahmenbedingungen einer Gebietsentwicklung zu verstehen. Die Darstellung dieser Merkpunkte erhebt nicht Anspruch auf Vollständigkeit. Von diesen Merkpunkten ausgehend können jedoch objektive und subjektive Merkmale der Gebietsentwicklung zusammengeführt werden, um erreichte Fortschritte und Wirkungen abzubilden und Ansatzpunkte für eine Verstetigung zu ermitteln.

Merkpunkte für die Evaluierung und die Entwicklung von Verstetigungsansätzen			
INDIKATOREN FÜR VERSTETIGUNG	objekt. Faktoren, Entwicklungsverläufe	Bevölkerungsverluste reduziert	Merkpunkte für eine durch Monitoring gestützte (Zwischen)-Evaluierung Die links stehenden Merkmale sind als Merkpunkte für eine Überprüfung des Maßnahmenkonzepts und im Gebiet eingetretene Veränderungen zu sehen. Prüfkriterien für Einschätzungen der Wirkung: › Sind in den Problembereichen Maßnahmen eingeleitet worden? › Ist eine Veränderung in den Problemausprägungen erkennbar? › Sind diese Veränderungen nachhaltig? › Welche Maßnahmen sind weiterhin erforderlich?
		Positiver Wanderungssaldo	
		Neubautätigkeit	
		Leerstand reduziert	
		Wohnmissstände/ Investitionsrückstand abgebaut	
		Beschäftigung Wohnbevölkerung (Erwerbsbeteiligung) angeglichen an Gesamtstadt	
		Infrastruktur und Versorgung verbessert	
		Positive Gewerbeentwicklung	
		Bildungsbeteiligung verbessert	
AKTIVIERUNG SELBSTBILD IDENTITÄT IMAGE	subjekt. Faktoren Image u. Identität	Berufliche Ausbildungssituation verbessert	
		Beteiligung an Foren, Arbeitsgruppen, Beiräten	Merkpunkte für eine Evaluierung des Erfolgs von Aktivierung und Empowerment Die links stehenden Merkpunkte zum Status quo der Aktivierung sind mit quantitativen Verfahren des Monitorings nicht zu ermitteln. Ersatzweise für Studien in diesem Feld empfiehlt sich eine strukturierte Diskussion unter den Verfahrensbeteiligten aus Quartiersmanagement, Lenkungsgruppe, Verwaltung, Beiräten ...
		Beteiligung in Vereinen und an lokalen Initiativen	
		Privates Engagement im Wohnumfeld und in Nachbarschaftsinitiativen	
		Institutionelle Beteiligung, New Governance	Neben den sich in den verschiedenen Beteiligungsformen ausdrückenden Erfolgen der Aktivierung sind auch Image und Prestige des Sozialen Stadt Gebietes in Selbstbild und Fremdbild Merkmale des Empowerments.
		Sponsoring und Mäzenatentum	
Bürgerbeteiligung am Stadtteilgeschehen			
		Zahl und Tenor von Presse- und Medienberichten	

Quelle: E&P / GfS

4. Aufbau eines Monitorings

4.1 Methodische Voraussetzungen

Monitoring ist zunächst nichts weiter als ein systematisches Beobachtungsinstrument für Strukturen, Prozesse und deren Entwicklung mit einer Anzeige- und Warnfunktion. Systematisch heißt dabei zunächst, dass das Beobachtungsinstrument hinsichtlich des Beobachtungsgegenstandes angepasst sein muss und die Beobachtungsergebnisse die Kriterien der „Gültigkeit“ (Validität) erfüllen müssen.

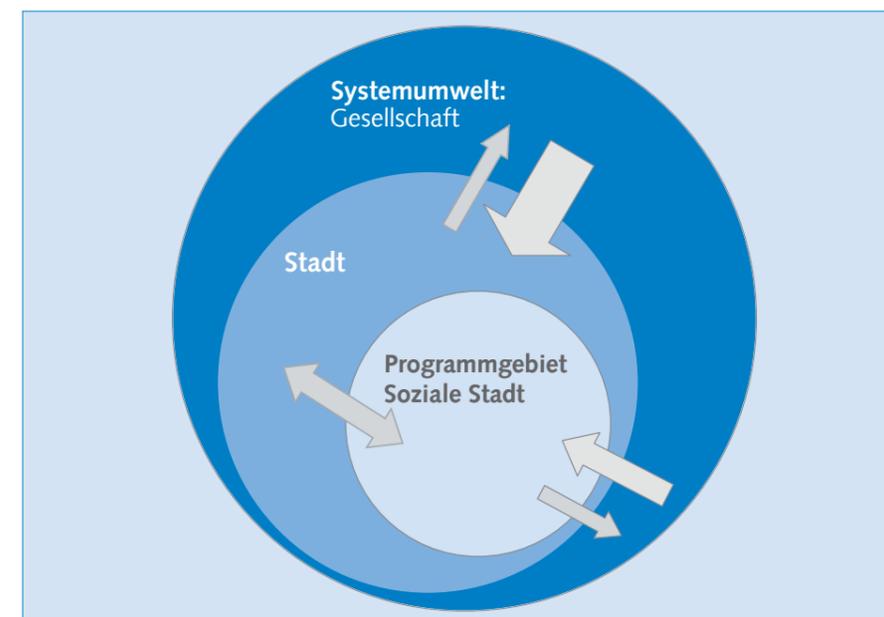
» Gültigkeit heißt, dass sich die beobachteten Strukturen und Prozesse über das Beobachtungsinstrument bestmöglich abbilden lassen.

Das weitere zentrale Kriterium eines Monitorings ist die „Verlässlichkeit“ (Reliabilität) des eingesetzten Instruments und die intersubjektive Nachprüfbarkeit der damit erzielten Beobachtungsergebnisse.

» Verlässlichkeit heißt, dass ein Dritter unter Einsatz des gleichen methodischen Instrumentes zu den gleichen Ergebnissen kommen muss. Dies bedeutet aber nicht, dass bei der Interpretation der Ergebnisse die gleichen Schlussfolgerungen gezogen werden.

„Gültigkeit“ eines Monitorings im Rahmen der Sozialen Stadt

Untersuchungseinheit bei einem Monitoring in der Sozialen Stadt ist das Untersuchungs- bzw. das Programmgebiet, dessen Struktur und Entwicklung es zu beobachten gilt. Stadtquartiere sind komplexe soziale und wirtschaftliche Systeme, räumlich zwar abgrenzbar, nicht aber autark. Sie stehen in mannigfaltiger Verflechtung zur Systemumwelt. Dieser Austausch findet über die Mechanismen von Geld, Gütern und Dienstleistungen, Recht, Kultur, Information statt – nicht zuletzt durch seine wirtschaftlichen und sozialen Subsysteme und Individuen und deren Mobilität.



Quelle: E&P / GfS

Die Anforderung an die **Gültigkeit** eines Monitorings in Soziale-Stadt-Gebieten erfordert daher ein mehrdimensionales Vorgehen: Im Monitoring sind bauliche und soziale Strukturen ebenso wie wirtschaftliche und kulturell-kommunikative abzubilden. Zugleich muss in einem so weit gespannten Untersuchungsfeld wie dem Stadtquartier die Komplexität reduziert werden, um das Instrument Monitoring für die Praxis handhabbar zugestalten. Schließlich ist das Ziel des Monitorings eine Handlungsanleitung der kommunalen Praxis von Stadterneuerung.

„Zuverlässigkeit und Nachprüfbarkeit“ in einem Monitoring

Um dieser Anforderung nachzukommen und gleichzeitig die Ansprüche an Zuverlässigkeit und Nachprüfbarkeit zu erfüllen, wird bei der Indikatorenkonstruktion in dieser Arbeitshilfe amtlichen Statistiken als Grundlage der Vorzug gegeben.

Dies gilt insbesondere bei der Auswahl der sozialen und wirtschaftlichen Kontextdaten (also der demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmendaten der Gebietsentwicklung) und der sich in Indikatoren abbildenden sozialen Lagen und Lebensqualitäten in einem Gebiet. Diese überwiegend von den statistischen Ämtern laufend erhobenen oder im Verwaltungsvollzug gewonnenen Daten haben den Vorteil, dass eigene zusätzliche Erhebungen nicht notwendig sind und die methodische Zuverlässigkeit außer Frage steht.

4.2 Schritte zum Aufbau

Gebietsauswahl

Der Aufbau eines Monitorings beginnt bei der Identifizierung des Gebietes, das in das Programm Soziale Stadt aufgenommen werden soll. Spätestens beim Programmaufnahmeantrag an das Land müssen die Überlegungen, die in den Kommunen aufgrund der Vertrautheit mit den örtlichen Verhältnissen oft in konsentierten „qualitativen“ Meinungen und Einschätzungen bestehen, in statistische Kennwerte umgesetzt werden. Dies so zu tun, dass diese für eine Fortschreibung im Rahmen eines Monitorings geeignet sind, ist ein erster Schritt für den Aufbau eines Monitorings.

Grundlagenzusammenstellung: Voranalyse, Variablenabgleich und -auswahl

Ein zweiter Schritt ist das Zusammentragen von bestehenden Materialien und Unterlagen für das Gebiet. Vorteilhaft sind auch vorhandene ältere Untersuchungen, gegebenenfalls auch durch Abfragen anderer Dezernate und Ämter. Zu berücksichtigen sind auch Untersuchungen mit anderer Zielsetzung als der der Sozialen Stadt, z.B. Schulentwicklungspläne, Sozialberichte, Einzelhandelsuntersuchungen usw. Zur Vorbereitung der Programmdurchführung und der Ermittlung der Grundlagen (auch weiterer Beauftragungen von Stadt- und Sozialplanern) geschieht diese Zusammenstellung vorhandener Unterlagen ohnehin. Der Mehraufwand besteht darin, die Basisvariablen der Arbeitshilfe als „Checkliste“ für die Überprüfung des vorhandenen Datenkranzes zu nutzen. Ein weiterer Aufwand liegt darin, die Merkmalsdefinitionen dieser Arbeitshilfe anhand der Standardauswertungen der statistischen Ämter zu überprüfen (z.B. hinsichtlich der Zusammenfassung von Alterskohorten) und die Abfragen dieser Indikatoren an die vorliegenden Standardauswertungen des jeweiligen statistischen Amtes anzupassen.

Definition des Untersuchungsfeldes der vorbereitenden Untersuchungen gem. Baugesetzbuch bzw. der Voruntersuchungen für ein integriertes Entwicklungskonzept

Der nächste, darauf aufbauende Schritt ist die Ausgestaltung der vorbereitenden Untersuchungen gemäß Baugesetzbuch oder anderen Voruntersuchungen. Die Arbeitshilfe mit ihrem Katalog von Indikatoren kann hierbei als Beispiel für eine präzise Bestimmung der Anforderungen an diese Untersuchungen dienen. Eine Anpassung und Auswahl aufgrund spezieller örtlicher Voraussetzungen und Problemlagen sind dabei natürlich möglich. Im Wesentlichen geht es darum, für die Voruntersuchungen eine präzise definierte und fortschreibungsfähige Grundlage zu schaffen.

Beteiligte am Aufbau eines Monitorings

Außerordentlich wichtig für eine kurzfristige Beschaffung des Datenmaterials ist die Unterstützung der für die Programmdurchführung verantwortlichen Stelle und etwaiger von ihr Beauftragter bei den Anfragen an die statistischen Ämter und sonstigen für die Datenbereitstellung zuständigen Stellen. Diese Unterstützung sollte gegebenenfalls auch auf der Dezernenten- oder Bürgermeisterebene erbeten werden, wenn es sich um außerstädtische Stellen handelt.

Bei Sonderauswertungen etwa zu Teilgebieten statistischer Bezirke sollte bereits zum Zeitpunkt der erstmaligen Datenabfrage darauf aufmerksam gemacht werden, dass an eine wiederkehrende Sonderauszählung gedacht ist und die datentechnischen Spezifikationen der Sonderauszählungen bei den statistischen Ämtern gespeichert werden sollten.

Fortschreibung der Erhebungsergebnisse

Die Fortschreibung und Aktualisierung des Monitorings sollte ein fester Bestandteil des jährlichen Arbeitsprogramms in der Durchführung des Programms Soziale Stadt sein. Die Fortschreibung hat dabei die Aufgabe, aktuelle Grundlagen zu Entwicklungsverläufen des Gebietes darzustellen. Die Fortschreibung in einem festen zeitlichen Rhythmus ist auch aus Effizienzgründen von Bedeutung, da die Datenbeschaffung aus länger zurückliegenden Perioden erfahrungsgemäß größeren Aufwand bedeutet.

Dort, wo eine Aktualisierung in längerfristigen Abständen ausreichend ist, wurde dies bei den Variablen in der Arbeitshilfe angemerkt. Dies betrifft insbesondere die städtebaulichen Grundlagen aus den vorbereitenden Untersuchungen und andere, zu denen eigene Erhebungen erforderlich sind.

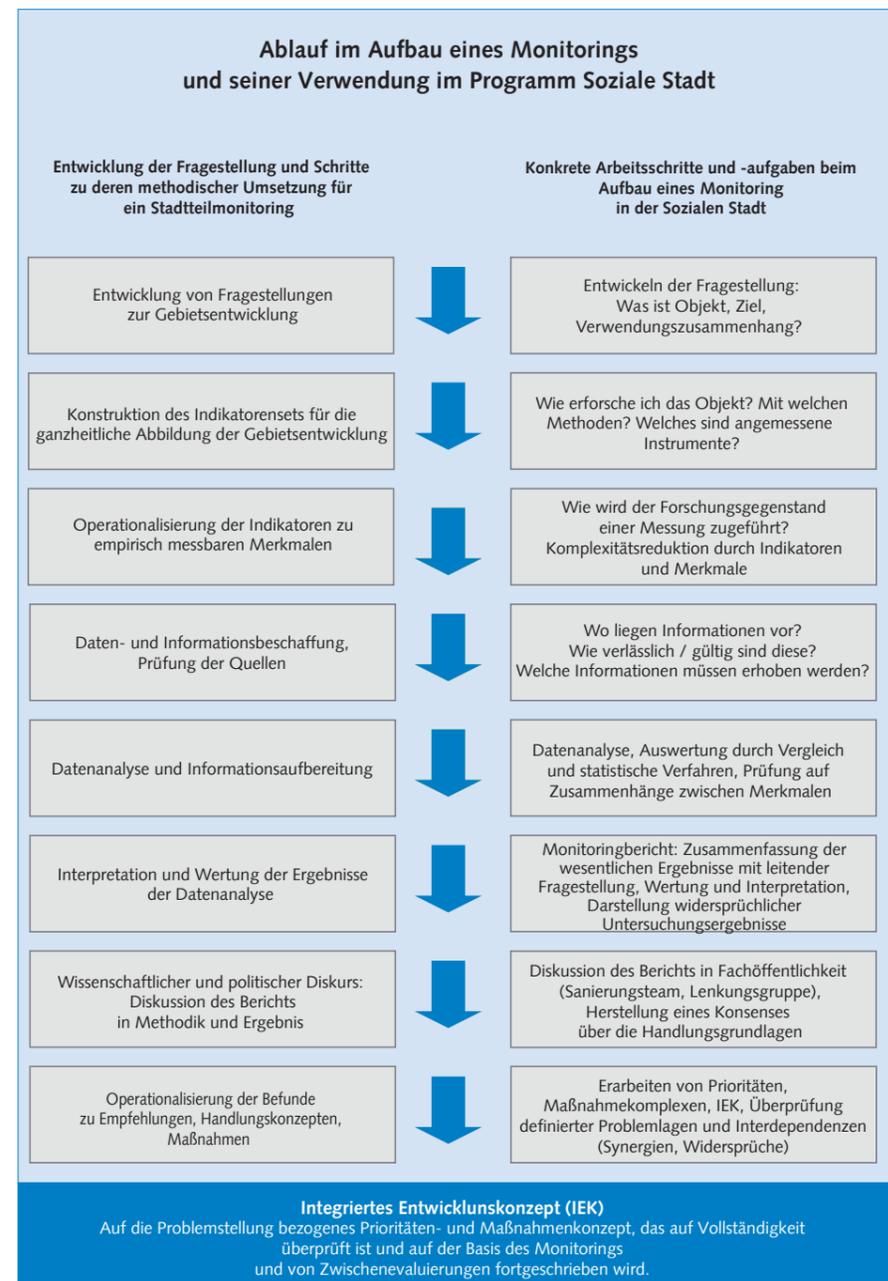
Um spätere Aktualisierungen auch verwaltungsintern vornehmen zu können, sind die Indikatordaten digital zu erfassen. Die Arbeitshilfe ist so aufgebaut, dass eine Auswertung und Fortschreibung des Monitorings mit den üblichen Kalkulationsprogrammen möglich ist.

Auswertung und Umgang mit den Ergebnissen eines Monitorings

Zum Monitoring gehört auch die Auswertung in einem Bericht und dessen Diskussion in einer kommunalen Steuerungsgruppe zur Festlegung der Entwicklungsstrategie und der Maßnahmenplanung. Monitoring erleichtert somit die jährliche Beantragung von Fördermitteln für das Maßnahmenkonzept und die Begründung

dafür, dass andere Ressorts in den Handlungsfeldern der Sozialen Stadt unterstützend tätig werden. Gleiches gilt für neue Fördermöglichkeiten, auch außerhalb der Städtebauförderung.

Bei einer kontinuierlichen Pflege der Datensätze und deren Auswertung wird die Begleitung und Fortentwicklung der Praxis vor Ort unterstützt und die Erfüllung von Berichtspflichten gegenüber Förderstellen und städtischen Gremien erleichtert. Gleiches gilt auch für die Konzeptionierung einer Verstetigungsstrategie und den Aufbau eines Maßnahmen- und Organisationskonzepts für die Fortführung der Stadtteilentwicklung nach Auslaufen der Förderung durch das Programm Soziale Stadt.



Quelle:
E&P / GfS

4.3 Basisvariablen und Datenbeschaffung

Für ein Stadtteilmonitoring auf der Basis der amtlichen Statistik gibt es eine Reihe von Beispielen, wenn auch kaum auf der Ebene von Stadterneuerungsgebieten. Zu nennen sind das Indikatorensystem der Laufenden Raumbewachung und die Innerstädtische Raumbewachung (IRB) des BBSR. Daneben hat das Monitoring im Zuge des Stadtumbaus und der sozialen Stadtentwicklung kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Neben den eigenen Erfahrungen im Monitoring und bei vorbereitenden Untersuchungen wurden diese Raumbewachungsinstrumente herangezogen, um daraus „Basisvariablen“ für den Einstieg von Kommunen in das Monitoring zu erarbeiten.

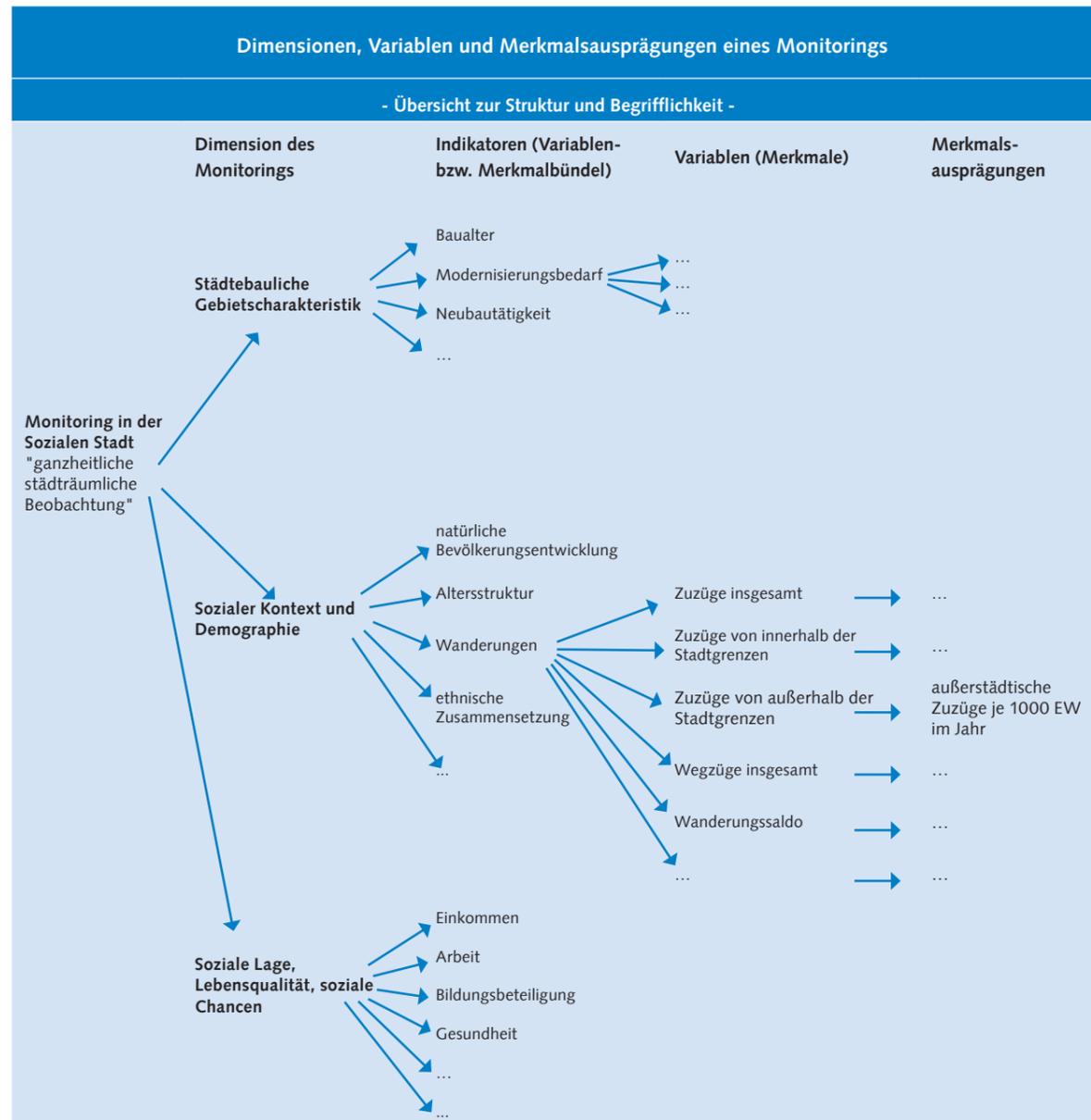
Die Zahl der Basisvariablen, die mit dieser Arbeitshilfe vorgestellt wird, soll nicht schrecken. Zum einen rührt diese daher, dass vielfach einzelne Merkmale in mehreren Zusammenhängen und statistischen Ausdrücken dargestellt werden (z.B. die Einwohnerzahl in Relation zu Altersgruppen, Nationalitäten, Beschäftigten, Wanderungen usw.). Der Datenkranz, der für dieses Monitoring beschafft werden muss, ist ein sehr überschaubarer. Der Rest besteht in einfachen Rechenoperationen.

Die verwendeten Merkmale für die Indikatorenbildung sollten überwiegend einfach beschaffbar sein; sie setzen i.d.R. die gebietskongruenten Sonderauszählungen durch die statistischen Ämter voraus, sofern solche nicht bereits vorliegen. Wo dies nicht gelingt oder Sonderauswertungen erst mit zeitlicher Verzögerung erfolgen können, sollte dies nicht vom Aufbau eines systematischen Monitorings als dauerhaftem Instrument der Sozialen Stadt im Programmgebiet abhalten. Selbst ein unvollständiges Monitoring unter bestmöglichem Gebietsbezug ist besser als sich allein auf subjektive Einschätzungen und Wertungen zu verlassen.

Mit dieser Arbeitshilfe wird ein Einstieg gegeben, um ein aussagekräftiges Bild der ganzheitlichen Stadtteilentwicklung und von Stadtteilproblemen in den Dimensionen der städtebaulichen und sozialen Struktur sowie der Lebensqualität in den Gebieten zu erhalten.

Einen Anspruch auf Vollständigkeit des Abbilds der Gebietsstruktur und -entwicklung für über 500 Programmgebiete kann der Indikatorenset nicht erheben. Ebenso wenig werden die Basisvariablen in allen Handlungsfeldern gleichermaßen eine umfassende Problemanalyse ermöglichen und direkte Hinweise auf Handlungserfordernisse liefern. Das Indikatorenset ist als eine Gruppe von Bausteinen angelegt, die je nach den örtlichen Verhältnissen ergänzt und gegebenenfalls vertieft werden können.

Aus der praktischen Erfahrung heraus wurden diese Basisvariablen aus der amtlichen Statistik um solche Merkmale ergänzt, die normalerweise im Rahmen von vorbereitenden Untersuchungen nach Baugesetzbuch oder sonstigen Voruntersuchungen speziell erhoben werden. Dies sind im Kern Merkmale zur städtebaulichen Gebietscharakteristik und der infrastrukturellen Versorgungssituation, insbesondere auch solche zu Missstands- und Mangelsituationen des Wohnens, der Arbeit, der Ausstattung mit öffentlichen Einrichtungen und der Freizeit und Erholung. Dieser Kanon von charakteristischen Strukturmerkmalen kann auch als Anregung und „Checkliste“ für etwaige Aktualisierungen der vorbereitenden Untersuchungen in laufenden Erneuerungsverfahren dienen.



Quelle: E&P / GfS

Weiter ergänzt wurden die überwiegend aus der Laufenden Raumbesichtigung bekannten Merkmale um solche, die nach unserer Erfahrung vorliegen, aber selten zu Zwecken der Stadterneuerung ausgewertet werden. Am häufigsten werden noch die Daten der Arbeits- und Sozialverwaltung für ein Stadterneuerungsgebiet einer Sonderauszählung unterzogen. Speziell für die Beschäftigungssituation und für die soziale Lage in einem Gebiet sind sie unverzichtbar. Ein anderer Bereich, in dem zu meist qualitative Aussagen die empirische Basis bilden, ist die Bildungsbeteiligung sowie die berufliche Ausbildungssituation. Die Auswertung der jährlichen Schulstatistik des Schulträgers kann solche Lücken schließen und Aufschluss über die Bildungsbeteiligung geben.

Eine weitere Datenquelle für ein Monitoring ist das Gewerbeverzeichnis. Gewerbebean- und -abmeldungen werden in den Steuerämtern der Kommunen und bei den Kammern erfasst. Die Auswertung kann Hinweise auf die Dynamik der Gewerbeentwicklung und auf Veränderungen in der Gewerbestruktur geben.

Datenbeschaffung

Die Daten des Basisvariablenatzes sind überwiegend aus der amtlichen Statistik zu entnehmen. Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über Datenquellen und verwandte Abkürzungen.

Datenquelle	Abkürzung der Quelle im Basisvariablenatz
Bundesagentur für Arbeit, ARGE	BA
Kammern der freien Berufe (Architekten, Ärzte, Apotheker...)	Berufsverbände
eigene Berechnung aus vorhandenen Daten	eig. Ber.
eigene Erhebung, i.d.R. durch vorbereitende Untersuchung (VU)	eig. Erhebung/Zählung
Gutachterausschuss der Kommunen oder Kreise, Kaufpreissammlung	GAA
Statistik der Gesundheitsämter der Städte und Kreise	Gesundheitsämter
Gewerbedaten der komm. Steuerämter der Kommunen	Gewerbeverzeichnis
Daten und Statistiken der Handwerkskammer	HK
Daten und Statistiken der Industrie- und Handelskammer	IHK
Kommunale Statistik (Ämter für Statistik und Wahlen, Einwohnermeldeämter...)	komm. Stat.
Landesamt für Umweltschutz	Landesamt für Umweltschutz
zu erwerbende Daten von Marktforschungsinstituten	Marktforschungsinstitute
Sonderauszählung von Erhebungen statistischer Ämter, die als Aggregatdaten veröffentlicht sind	SAZ
Statistik der Schulträger (Kreis oder Kommune)	Schulträger
Statistik der Kfz-Zulassungsstellen der Städte und Kreise	Stat. Kfz-Zulassung
Statistische Landesämter	Stat. LA
Abfrage der Versorgungsunternehmen	Versorgungsuntern.
Vorbereitende Untersuchungen und Voruntersuchungen	VU

Quelle: E&P / GfS

		Basisvariablenatz Monitoring				im Soziale-Stadt-Gebiet				
		Variable im Monitoring	Kurzbez. Indikator	Indikator für Struktur (S) und Dynamik (D) der Gebietsentwicklung	Datengrundlage / Quelle	Periodizität Stichtage	Gültigkeit und Relevanz des Indikators („+++“ i.e. sehr hoch.... „o“ i.e. eher indifferent)	Räumliche Kongruenz zu Soziale Stadtgebiet herstellbar	Erläuterungen zum Indikator in Aussage und Anwendung	
STÄDTEBAULICHE VARIABLEN	Wohnen Bestand	Zahl Wohnungen (WE)	Zahl WE	S	Stat. Ämter	jährlich	++ als Gebietsgröße	ja, durch Sonderauszählung	Indikatoren zur Gebietscharakteristik oder Merkmale zur Berechnung von Indikatorwerten in Relation zu anderen Merkmalen des Gebietes oder der sozialen Struktur.	
		Anteil WEs in Einfamilienhäusern	WE in EFH	S	Stat. Ämter	jährlich	++ für Gebietscharakteristik			
		durchschnittliche Wohnfläche/WE	Wohnfläche /WE	S	Stat. LA, eig. Berechn.	jährlich	+++ für Wohnungsgemeinde und -versorgung			
		Wohnfläche/Person (Wohnfläche in m² / Einwohner)	Wohnfläche /EW	S	Stat. LA, eig. Berechn.	jährlich				
	Bauen und Preise	Mietspiegel Wohnen	Mietniveau	S	Kommune, Kreis	2-jährlich	+ als Gebiets- und Lagequalität	i.d.R. nein	Indikatoren für den Mietwohnungs- und Immobilienmarkt und dessen Entwicklung. Sie bezeichnen auf der Basis von Marktindikatoren Lage- und Bauqualitäten sowie Image und "Prestige" eines Stadtquartiers.	
		Bodenrichtwert	Bodenwert	S	GAA Kommune, Kreis	2-jährlich				
		Wohnflächenentwicklung gegenüber Vorjahr	Wohnfläche Entw.	D	Stat. LA, eig. Ber.	jährlich	++ für Gebietsdynamik	ja, durch Sonderauszählung		
		Anteil Leerstand Gewerbe	Gewerbeleerstand	S	Versorg.untern., eig. Erheb. VU	fakultativ				
		Leerstandsquote Wohnungsbestand	Wohnungsleerstand	S	Versorg.untern., eig. Erheb. VU	fakultativ				
	Wohngebäude - Baualtersstruktur	Wohngebäude nach Baualtersklassen	Baualter Wohngebäude	S	VU: eig. Erhebung	fakultativ	+++ für Gebietscharakteristik	ja	Indikatoren für die Gebietscharakteristik und perspektivischen Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf. Die Baualtersgruppen und damit verbunden die vorherrschenden städtebaulichen Merkmale sind zugleich Indikator der durch die Bauform bedingten sozialen Organisation von Wohnen und der Wohnungsversorgung. Gebietserschließung und Stadtbild sind im Positiven wie Negativen imageprägende Merkmale des Gebietes.	
		davon errichtet vor 1918 (%)	vor 1918	S	VU: eig. Erhebung	fakultativ				
		errichtet 1918 bis 1948 (%)	1918 - 1948	S	VU: eig. Erhebung	fakultativ				
		errichtet 1949 bis 1970 (%)	1949 - 1970	S	VU: eig. Erhebung	fakultativ				
		errichtet 1971 bis 1990 (%)	1971 - 1990	S	VU: eig. Erhebung	fakultativ				
		errichtet nach 1990 (%)	nach 1990	S	VU: eig. Erhebung	fakultativ				
		baul. Gesamterschließung pos./neg.	Gesamterschließung	S	VU: eig. Erhebung	einmalig				++ als Gebietsqualität
		Stadtbild und Orientierung pos./neg.	Stadtbild	S	VU: eig. Erhebung	einmalig				
	Bauliche Entwicklung	Baufertigstellungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	Baufertigstellungen	D	Stat. LA, eig. Berechnung	jährlich	+++ für Gebietsdynamik	ja, durch Sonderauszählung	Indikatoren für die bauliche Entwicklung des Gebietes und dessen Lagequalität. Aufgrund der Langfristigkeit von Bauinvestitionen sind dies Hinweise auf das Image und die Entwicklungsperspektiven des Gebiets aus der Sicht des Immobilienmarkts.	
		Bauabgänge in Wohn- und Nichtwohngebäuden	Gebäudeabgang	D	Stat. LA	jährlich				
		Saldo Baufertigstellungen/Bauabgänge Wohn- und Nichtwohngebäude	Saldo Bauentwicklung	D	Stat. LA, eig. Berechnung	jährlich				
	Gebietscharakteristik Lage	Altstadt/Zentrum	Altstadt	S	VU: eig. Erhebung	einmalig	+++ für Gebietscharakteristik	ja	Merkmale zur Gebietscharakteristik und Struktur der Nutzungen. Neben der Gebietsbeschreibung dienen diese Merkmale auch zur Bestimmung von Vergleichs- und Referenzquartieren bei der Beobachtung der Entwicklungsverläufe im Soziale-Stadt-Gebiet.	
		Innenstadt/ Innenstadtrandlage	Innenstadt	S	VU: eig. Erhebung	einmalig				
		Stadtrandlage	Randlage	S	VU: eig. Erhebung	einmalig				
		solitäre Insellage, Trabantsiedlung	Trabantsiedlung	S	VU: eig. Erhebung	einmalig				
		dörflich	dörflich	S	VU: eig. Erhebung	einmalig				
	Gebietscharakteristik Funktion	Kerngebiet	MK	S	VU: eig. Erhebung	einmalig	+++ für Wohnverhältnisse und Gebietscharakteristik	ja	Indikatoren zur Bemessung der Notwendigkeit und des Umfangs städtebaulicher Maßnahmen zum Abbau von Missstandssituationen für eine positive Gebietsentwicklung.	
		Mischgebiet	MI	S	VU: eig. Erhebung	einmalig				
		Gewerbegebiet	GE	S	VU: eig. Erhebung	einmalig				
		Allgemeines Wohngebiet	WA	S	VU: eig. Erhebung	einmalig				
Gebietscharakteristik Bauzustand	Anteil mod./instandsetzungsbedürftiger Wohnungen	Mod.Bedarf %	S	VU: eig. Erhebung	einmalig	+++ für Wohnverhältnisse und Gebietscharakteristik	ja	Indikatoren zur Bemessung der Notwendigkeit und des Umfangs städtebaulicher Maßnahmen zum Abbau von Missstandssituationen für eine positive Gebietsentwicklung.		
	Anteil von Wohnungen in gutem baulichem Zustand, technische Modernisierung notwendig	techn. Mod.Bedarf %	S	VU: eig. Erhebung	einmalig					
	Anteil technisch modernisierter, baul. instandsetzungsbedürftiger Wohnungen	Instandbedarf %	S	VU: eig. Erhebung	einmalig					
Charakteristik Erschließung und Infrastruktur	Zustand Grün- und Freiflächen	Grünzustand	S	VU: eig. Erhebung	einmalig	+++ für Lage- und Wohnumfeldqualität	ja	Merkmale zur Feststellung von Defiziten im Wohnumfeld und der Infrastruktur, die mit zumeist öffentlichen Maßnahmen zu beseitigen sind.		
	fehlende soziale Infrastruktur	Soz.Infrstr.Bedarf	S	VU: eig. Erhebung	einmalig					
	Fehlende Wohnfolgeeinrichtungen (Einkauf, Nahversorgung, ärztliche Versorgung)	Wohnfolgebedarf	S	VU: eig. Erhebung	einmalig					
	Erschließungsmängel/ gestörte Funktionsbeziehungen	Erschl.mängel, funk. Störung	S	VU: eig. Erhebung	einmalig					
	Erschließung ÖPNV	ÖPNV	S	VU: eig. Erhebung	einmalig					
Umwelt	Feinstaubindikator	Feinstaub	S	komm. Umweltämter, LfU	jährlich	+++ für Lage- und Wohnumfeldqualität	i.d.R. inkongruent	Singulärer Indikator für Umweltbelastung im Gebiet. Das Messstellennetz ist zumeist nicht engmaschig genug für eine annähernd gebietskongruente Auswertung und Aussage.		
Kinderbetreuung	Kinderkrippenplätze (auf 100 unter 3-Jährige)	Krippenversorgung	S	komm. Stat., Stat. LA	jährlich	+++ für Lage- und Infrastrukturqualität	Einzugsbezirke i.d.R. inkongruent	Indikatoren zur Versorgungssituation in einem Mehrfeldthema: vorschulische Vorbereitung, Integration (in Kombination mit sozialen und ethnischen Merkmalen), Vereinbarkeit von Familie und Beruf etc.		
	Kindergartenplätze (auf 100 3- bis 5-Jährige)	KiTa-Versorgung	S	komm. Stat., Stat. LA	jährlich					
	Betreute Kinder in Kindertagespflege (auf 3 bis 5-Jährige)	Tagespflege	S	komm. Stat., Stat. LA	jährlich					
	Betreute Kinder in Kindertagespflege (auf 6 bis 10-Jährige)	Tagespflege Primarstufe	S	komm. Stat., Stat. LA	jährlich					

Basisvariablensatz Monitoring						im Soziale-Stadt-Gebiet					
	Variable im Monitoring	Kurzbez. Indikator	Indikator für Struktur (S) und Dynamik (D) der Gebietsentwicklung	Datengrundlage / Quelle	Periodizität Stichtage	Gültigkeit und Relevanz des Indikators („+++“ i.e. sehr hoch... „0“ i.e. eher indifferent)	Räumliche Kongruenz zu Soziale-Stadt-Gebiet herstellbar	Erläuterungen zum Indikator in Aussage und Anwendung			
MERKMALE DES SOZIALEN KONTEXTS UND DER DEMOGRAPHISCHEN STRUKTUR	Bevölkerung und Bevölkerungsentwicklung	Einwohner insgesamt (Haupt- und Nebenwohnsitz)	Einwohnerzahl	S	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.	+++ für Gebietscharakteristik	ja, durch Sonderauszählung (SAZ)	Basismerkmal zu Gebietscharakteristik und Grundlage für Konstruktion vieler relationaler Indikatoren		
		Einwohner (EW), davon Ausländer in %	Ausländeranteil	S	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.			„Die Ausländerquote gibt den Anteil der Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit an allen Personen an. Der Indikator beschreibt eine Besonderheit in der inneren Zusammensetzung einer Bevölkerung. Diese zieht in der Regel politischen Handlungsbedarf in Form von Integrationsaufgaben nach sich...Der Ausländeranteil ist ein leicht unscharfer Zeiger für die Adressaten von Integrationsaufgaben. Denn neben Ausländern, die längst integriert sind, gibt es deutschstämmige Zugewanderte mit hohem Integrationsbedarf.“ (BBR) Das Merkmal „Ausländeranteil“ verliert durch das neue Staatsbürgerschaftsrecht zunehmend an Aussagekraft für den Umfang eines „Migrationshintergrundes“ in der Bevölkerung.		
		Einwohner, davon männlich in %	Männeranteil	S	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.			+++ für Gebietsdynamik	ja, nach SAZ	Basismerkmale zur Gebietsstruktur und -entwicklung. Die Geschlechtsproportion kann Ausdruck für spezielle Problemsituationen sein, z. B. durch Zuwanderung von Arbeitsmigranten (oftmals männlich) oder Familienstruktur (Alleinerziehende) oder Altersstruktur (längere Lebenserwartung von Frauen).
		Bevölkerungsentwicklung gegenüber Vorjahr	Bev.-Entwicklung Vorjahr	D	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.					Indikator für die Gebietsdynamik und die „Regeneration“ des Gebietes. Zu kontrollieren ist, inwieweit die Bevölkerungsentwicklung sich durch demografische Faktoren, Wanderungen und Bautätigkeit (Wohnungsangebot) verändert.
		Bevölkerungsentwicklung der letzten 10 Jahre (EW aktuell - EW Ausgangszeitpunkt) Einwohner Ausgangszeitpunkt pro 100 Einw.	Bev. Entwicklung Dekade	D	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.					„Die unter 15-jährigen Personen und deren Anteil an der Gesamtbevölkerung sind aber weit mehr als ein Indikator für das heranwachsende Erwerbspersonenpotenzial. Sie stellen die Bedarfsträger für schulische Infrastruktur, sie sind Anzeiger für die Familienfreundlichkeit von Regionen, sie lassen Aussagen über die Befindlichkeit der Bevölkerung selbst zu... Sie zeigen, wie weit der Alterungsprozess der Bevölkerung fortgeschritten ist.“ (BBR)
	Altersaufbau	Anteil Einwohner unter 15 Jahren (Einwohner bis 15 Jahre / 100 Einwohner)	Anteil Kinder	S	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.	+++ für Gebietscharakteristik und Bevölkerungsstruktur	ja, nach SAZ	Alterskohorte der Grundschul Kinder, Bedarfsgruppe für schulische Nachbetreuung und gegebenenfalls Förder- und Integrationsmaßnahmen		
		Anteil Kinder zwischen 6 und 10 Jahren / 100 Einwohner	Anteil Grundschul Kinder	S	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.			Indikator für Bedarf an schulischen wie außerschulischen Förder- und Integrationsmaßnahmen		
		Anteil ausländischer Kinder im Grundschulalter / 100 Einwohner	Anteil ausl. Grundschul Kinder	S	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.			Indikator für die Bevölkerung in Berufsorientierungs-, Ausbildungs- und Berufseinstiegsphase		
		Anteil Altersgruppe zwischen 15- bis unter 25-jährig / 100 Einwohner	Bev. in Berufsausbildungs- und Berufseinstiegsphase	S	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.			„Diese Altersgruppe setzt sich aus Berufseinsteigern, den Familiengründern und Erwerbsfähigen im jungen und mittleren Alter zusammen, die wichtige gesellschaftliche wie ökonomische „Produktivkräfte“ darstellen.“ BBR		
		Anteil Altersgruppe zwischen 25- bis unter 45-jährig / 100 Einwohner	Bevölkerung in Familiengründungsphase	S	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.			Bevölkerungsanteil in der Vorerwerbsphase. Grobindikator für die besondere Notwendigkeit von speziellen Infrastrukturanforderungen (Bildung, Spiel und Sport, Straßenraum, Verkehr) und Maßnahmen für „Familienfreundlichkeit“.		
		Anteil unter 18-Jährigen	Anteil Kinder und Jugendliche	S	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.			„Ein hoher Anteil von ausländischen Jugendlichen in Quartieren verweist auf spezifische Herausforderungen, denen die Institutionen und Einrichtungen (Kindertagesstätten, Schulen, Jugendarbeit, Familienarbeit etc.) in den Gebieten gegenüberstehen. Hohe Anteile von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien weisen darüber hinaus auf eine soziale Zusammensetzung der Bevölkerung hin, die einen erhöhten Förderbedarf nach sich zieht.“ (Berlin)		
		Anteil Ausländer unter 18 Jahren / 100 Einwohner unter 18 Jahren	Anteil Ausländer bei unter 18-Jährigen	S	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.			„Die über 65jährige Bevölkerung...bezieht...(i.d.R.)... Transferzahlungen der aktiven Bevölkerung...Ältere Menschen... sind zudem Bedarfsträger der altersspezifischen Infrastruktur wie medizinische und Pflegeeinrichtungen.“ (BBR) Als Sozialgruppe mit besonderen Problemen („Altersarmut“, Vereinsamung, reduzierte Mobilität) und Anforderungen („barrierefrei“, Nachbarschaftshilfe, soziale Dienste...) ist ein hoher Anteil von Senioren ein Hinweis auf besondere Handlungserfordernisse.		
		Bevölkerung in Nacherwerbsphase: Anteil Einwohner über 65 Jahre an EW 65 Jahre und älter / 100 Einwohner	Senioren	S	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.			„Der natürliche Saldo ist die Differenz zwischen den Geburten und den Sterbefällen während einer Zeiteinheit. Er ist Indikator dafür, inwieweit eine Bevölkerung aus sich heraus - ohne Wanderungsbeziehungen... - Dynamik entwickelt.“ (BBR)		
	natürl. Bevölk. Beweg.	natürliche Bevölkerungsbewegung - Saldo (Geborene - Gestorbene) / 1000 Einwohner	natürliche Bevölkerungsentwicklung	S	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.	+++ für Bevölkerungsstruktur	„Der natürliche Saldo ist die Differenz zwischen den Geburten und den Sterbefällen während einer Zeiteinheit. Er ist Indikator dafür, inwieweit eine Bevölkerung aus sich heraus - ohne Wanderungsbeziehungen... - Dynamik entwickelt.“ (BBR)			
	Wanderungen	Wanderungssaldo (Zuzüge - Fortzüge) / 1000 Einwohner	Wanderungssaldo	D	komm.Stat., stat. LA, eig. Ber.	jährlich zum 31.12.	++ als Gebietsqualität und -dynamik	ja, nach SAZ	Zur Vergleichbarkeit verschieden großer Raumeinheiten ist der Wanderungssaldo auf den Bevölkerungsbestand bezogen. Der Wanderungssaldo zeigt an, inwieweit eine Bevölkerung zusätzliche Dynamik aus anderen Regionen importiert oder stattdessen an andere Räume abgibt... Insofern ist der Wanderungssaldo auch als Indikator für die Attraktivität eines Raumes interpretierbar.“ (BBR)		
		Zuzüge Personen / 1000 Einwohner	Zuzugsrate	D	komm.Stat., stat. LA, eig. Ber.	jährlich zum 31.12.			Wanderungen sind Indikator für eine Mobilität der Wohnbevölkerung im Gebiet, unabhängig vom Wanderungssaldo. Hohe Mobilität bedeutet hohe, wiederkehrende Integrationsanforderungen in einem Stadtteil in Nachbarschaften und Institutionen (z. B. Schule) sowie geringe Gebietsbindung. Die Normierung auf Zu-(Weg-)züge /1000 EW ist erforderlich zur Vergleichbarkeit. Zugleich ist zu überprüfen, ob naturgemäß hochmobile Sozialgruppen (z. B. Studenten) im Gebiet den Indikatorwert verzerren.		
		Wegzüge Personen / 1000 Einwohner	Fortzugsrate	D	komm.Stat., stat. LA, eig. Ber.	jährlich zum 31.12.			Indikator für die Rolle des Stadtgebietes bei Wanderungen und Migration - sei es innerdeutsch oder bei Zuwanderung aus dem Ausland.		
		Saldo Zu- und Wegzüge über Gemeindegrenzen hinweg / 1000 Einwohner	überörtl. Wanderungssaldo/ 1000 Einwohner	D	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.			Der Indikator zeigt Lagepräferenzen und Wohnqualitäten des Gebietes im städtischen Kontext und zu städtischen Referenzgebieten an.		
		Saldo innerörtlicher Wanderungen (innerörtliche Zu- und Wegzüge) / 1000 Einwohner	innerörtlicher Wanderungssaldo / 1000 Einwohner	D	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.			Indikator für Lage- und Wohnpräferenzen von Migranten, aber: „Aufgrund der Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts... (mit der Folge) der zunehmenden Zahl der Personen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, verliert der Indikator an Präzision...“ (Berlin)		
		Wanderungssaldo Ausländer (Zuwanderung Nicht-Deutscher - Wegzug Nicht-Deutscher)	Wanderungssaldo Ausländer	D	komm.Stat., stat. LA, eig. Ber.	jährlich zum 31.12.			„Der Fortzug von Familien korreliert sehr stark mit dem Umfang des gesamten Wanderungsgeschehens. Familien reagieren sehr sensibel auf Missstände in Quartieren und sind daher ein guter Indikator für sozialstrukturelle Veränderungen.“ (Berlin)		
		Wanderungssaldo unter 18-Jähriger und 30 bis 49-Jähriger	Familienwanderung	D	komm. Stat., Stat. LA	jährlich zum 31.12.			„Private Haushalte sind Personen, die allein leben oder mit anderen Personen gemeinsam wohnen und wirtschaften...(Daraus) wird schon deren enger Bezug zum Wohnungsmarkt und zum Konsumsektor deutlich..... die durchschnittliche Haushaltsgröße (ist) der Quotient aus der Bevölkerung und den privaten Haushalten. Er ist ein Indikator für die Haushaltsgrößenstruktur... Immer mehr Menschen wohnen in kleinen Haushalten (allein oder mit lediglich einer weiteren Person). Dadurch verteilt sich die Bevölkerung auf mehr Haushalte, die durchschnittliche Haushaltsgröße sinkt. Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist auch eng mit der Siedlungsstruktur verknüpft. Je höher der Verdichtungsgrad, um so höher ist auch der Anteil kleiner Haushalte.“ (BBR) Die Haushaltsgrößenstruktur ist Indikator für geringere tradierte Bindungen (Single-Haushalte in Großstädten) wie auch Moment der Vereinzelung bestimmter Alters- und Sozialgruppen (z. B. hoher Anteil älterer Frauen in 1-Personenhaushalten).		
	Wohnbevölkerung, Haushalte	Durchschnittliche Haushaltsgröße (Personen/Haushalt)	Haushaltsgröße	S	komm.Stat., stat. LA, eig. Ber.	jährlich zum 31.12.	+++ für Bevölkerungsstruktur und Wohnsituation	ja, nach SAZ	„Private Haushalte sind Personen, die allein leben oder mit anderen Personen gemeinsam wohnen und wirtschaften...(Daraus) wird schon deren enger Bezug zum Wohnungsmarkt und zum Konsumsektor deutlich..... die durchschnittliche Haushaltsgröße (ist) der Quotient aus der Bevölkerung und den privaten Haushalten. Er ist ein Indikator für die Haushaltsgrößenstruktur... Immer mehr Menschen wohnen in kleinen Haushalten (allein oder mit lediglich einer weiteren Person). Dadurch verteilt sich die Bevölkerung auf mehr Haushalte, die durchschnittliche Haushaltsgröße sinkt. Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist auch eng mit der Siedlungsstruktur verknüpft. Je höher der Verdichtungsgrad, um so höher ist auch der Anteil kleiner Haushalte.“ (BBR) Die Haushaltsgrößenstruktur ist Indikator für geringere tradierte Bindungen (Single-Haushalte in Großstädten) wie auch Moment der Vereinzelung bestimmter Alters- und Sozialgruppen (z. B. hoher Anteil älterer Frauen in 1-Personenhaushalten).		
		Haushalte von Ausländern: durchschnittl. Haushaltsgröße	Haushaltsgröße Ausländer	S	komm.Stat., stat. LA, eigene Berechnung	jährlich zum 31.12.	Benachteiligungen von Migranten und Überbelegungen bilden sich immer noch in Wohnungsmarktkenngrößen ab.				

		Basisvariablensatz Monitoring				im Soziale-Stadt-Gebiet		
	Variable im Monitoring	Kurzbez. Indikator	Indikator für Struktur (S) und Dynamik (D) der Gebietsentwicklung	Datengrundlage / Quelle	Periodizität Stichtage	Gültigkeit und Relevanz des Indikators („+++“ i.e. sehr hoch.... „o“ i.e. eher indifferent)	Räumliche Kongruenz zu Soziale-Stadt-Gebiet herstellbar	Erläuterungen zum Indikator in Aussage und Anwendung
Wirtschaft und Beschäftigung	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort	S	komm.Stat., stat. LA, eig. Ber.	p.a. 30.6.	+++ Erwerbsbeteiligung	ja, nach SAZ	Indikator für die Erwerbsbeteiligung im Gebiet und die Integration der Bevölkerung in den 1. Arbeitsmarkt. "...die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (interessiert), weil diese über ihre Beitragszahlungen soziale Leistungsansprüche auf Renten oder Arbeitslosengeld erwerben. Sie machen derzeit etwa 75% aller Erwerbstätigen aus... Nicht zu den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen zählen Mini-Jobs, Beamtenverhältnisse sowie selbstständige Tätigkeiten." (BBR) Die Merkmalsausprägungen variieren nach Altersaufbau im Gebiet, Frauenerwerbstätigkeit (oft niedrig bei Migrantinnen) und Restriktionen im Zugang zum Arbeitsmarkt (fehlende Ausbildung usw.).
	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	S	komm.Stat., stat. LA, eig. Ber.	p.a. 30.6.	+++ Gebietscharakteristik	ja, nach SAZ	Merkmal zur Gebietscharakteristik und der Mischung von Arbeiten und Wohnen in einem Gebiet. Es gibt in der dynamischen Betrachtung Auskunft, wie sich die Wirtschaft im Gebiet entwickelt. Eine Aussage über Beschäftigungsmöglichkeiten im Gebiet ist nur eingeschränkt möglich, da die Arbeitsmobilität i.d.R. weit über die Gebietsgrenzen hinausreicht.
	Arbeitsplatzentwicklung der vergangenen 5 Jahre (sv.pflichtig Beschäftigte am Arbeitsort zu sv.pflichtig Besch. am Arb.Ort vor 5 Jahren)/sv.pflichtig Beschäftigte jetzt, in %	Arbeitsplatzentwicklung der vergangenen 5 Jahre	D	komm.Stat., stat. LA, eig. Ber.	p.a. 30.6.	+++ funktionale Gebietsdynamik	ja, nach SAZ	Aussage zum Gebiet als Wirtschaftsstandort (Lagegunst des Gebietes) und des Besatzes mit zukunftsfähigen Unternehmen in einer sich wandelnden Wirtschaft
	Arbeitsplatzzentralität (Verhältnis sv.pflichtig Beschäftigte am Wohnort zu sv.pflichtig Besch. am Arbeitsort)	Arbeitsplatzzentralität	D	komm.Stat., stat. LA, eig. Ber.	p.a. 30.6.	+++ Gebietscharakteristik	ja, nach SAZ	Merkmal der Gebietscharakteristik und zum quantitativen Verhältnis von Wohn- und Arbeitsbevölkerung. Die auf das Gebiet gerichteten Interessen beider Bev.gruppen sind unterschiedlich, z. B. „Ruhe“ und Freizeitqualität auf der einen Seite, gute und schnelle Erreichbarkeit, Parkmöglichkeiten usw. andererseits.
	neu angemeldete Gewerbebetriebe	neu angemeldete Gewerbebetriebe	D	Kassen- und Steueramt	p.a. 31.12.	+++ als Standortqualität und -dynamik	ja, nach SAZ	Merkmal für die wirtschaftliche Dynamik und Standortqualitäten eines Gebietes
	davon ausländische Gewerbetreibende	neu angemeldete ausl. Gewerbebetriebe	S	Kassen- und Steueramt	p.a. 31.12.	+++ für Gebietscharakter	ja, nach SAZ	Merkmal für „ethnic economy“ als Bestandteil der wirtschaftlichen Gebietsstruktur
	ab- oder umgemeldete Gewerbebetriebe	ab- oder umgemeldete Gewerbebetriebe	D	Kassen- und Steueramt	p.a. 31.12.	+++ als Standortqualität und -dynamik	ja, nach SAZ	Betriebsaufgaben können Signal für strukturelle Schwächen der lokalen Wirtschaft und des Standorts sein. Feinauszählungen geben Auskunft über Branchen, die generell einem Wandel unterliegen oder für die sich die Standortvoraussetzungen geändert haben.
	davon ausländische Gewerbetreibende in %	ab- oder umgemeldete ausl. Gewerbebetriebe	S	Kassen- und Steueramt	p.a. 31.12.	+++ für "ethnic economy" und lokale Integration	ja, nach SAZ	Die ethnic economy reagiert i.d.R. in An- wie Abmeldung schneller als die Gesamtheit der Gewerbebetriebe. In der wirtschaftlichen Betätigung ist die ethnic economy Indikator für die wirtschaftlichen Standortbedingungen.
	Saldo neu an- und abgemeldeter Gewerbebetriebe	Saldo Gewerbebetriebe	S	Kassen- und Steueramt	p.a. 31.12.	+++ für "ethnic economy" und lokale Integration	ja, nach SAZ	Der Saldo gibt Auskunft über den Standort für die wirtschaftl. Entwicklung. Die Feinanalyse ermöglicht Branchenauswertung, speziell für Fluktuation, Einzelhandel, ethnic economy und Verlaufsmuster.
	Bildung	Übergangsquoten auf Schulen der Sekundarstufe I	Übergangsquoten Sekundarstufe I	S	Schulträger	p.a. 15.10.	+++ für Chancen	Schuleinzugsbezirk u.U. abweichend
davon Ausländer/Kinder mit Migrationshintergrund		Übergangsquoten auf Sekundarschulen I von Ausländern	S	Schulträger	p.a. 15.10.	+++ für Chancen und Integration		
Anteil Schulabgänger ohne Abschluss an Abgängern an allgemeinbildenden Schulen		Anteil Schulabgänger ohne Abschluss	S	Schulträger	p.a. zu Schuljahrende	+++ für Chancen und Integration	i.d.R. inkongruent	"In einer wissensbasierten Gesellschaft ist Bildung das bedeutendste persönliche Gut geworden. Eine erfolgreiche berufliche Bildung kann nur auf einer erfolgreich abgeschlossenen Schulbildung aufbauen." (BBR) Neben familiären Sozialisationsbedingungen spielt für den Umfang von "Schulversagern" auch das lokale Bildungsmilieu eine Rolle. Der Indikator gibt Hinweis auf die Notwendigkeit schulischer wie nachschulischer Förder- und Kompensationsmaßnahmen, also ein Handlungsfeld. Dieses Merkmal zu erheben kann Schwierigkeiten bereiten, weil in den Sekundarstufen die Schüler oft nicht nach Wohnstandort auszuwerten sind.
Ausländeranteil an den Schulabgängern ohne Schulabschluss		Ausländeranteil an den Schulabgängern ohne Schulabschluss	S	Schulträger	p.a.	+++ für Chancen und Integration	Schulbezirke u.U. abweichend	Indikator für die Erfordernis von Fördermaßnahmen in Schule und schulischem Umfeld, aber auch der Schule vorgelagerten Institutionen (KiTa, Vorschule, Sprachförderunterricht).
ausbildungssuchende Schulabgänger		ausbildungssuchende Schulabgänger	S	Schulträger, BA, hilfswise Abfrage bei Sekundarschulen	p.a.	+++ für Chancen und Integration		Indikator für die Notwendigkeit von Unterstützungs- und Coachingmaßnahmen. Dieses Merkmal zu erheben kann Schwierigkeiten bereiten. Es empfiehlt sich, bei den Sekundarschulen Erkundigungen einzuziehen.
Wohlstands-Indikatoren	PKW-Dichte (Pkw/1000EW)	PKW-Dichte	S	Kfz-Zulassungsstelle	einmalig	++ als Wohlstands- und Mobilitätsindikator	ja, nach SAZ	"Die Pkw-Dichte, auch Motorisierungsgrad genannt, kann herangezogen werden, um die Möglichkeiten der Teilnahme am motorisierten Individualverkehr zu beurteilen." (BBR) Die Pkw-Dichte kann auch als Wohlstandsindikator eingesetzt werden. Es sind jedoch Randbedingungen (Firmen mit großen Wagenparks und Leasing-Unternehmen im Gebiet) einzuschätzen, ob daraus eine Verzerrung resultieren könnte.
	Kaufkraftindex (Kaufkraft in % der bundesdurchschnittlichen Kaufkraft oder als Index-Wert)	Kaufkraftindex	S	Marktforschungsinstitute	einmalig	+ als Wohlstandsindikator	eher nein	Marktforschungsinstitute schätzen bei Einzelhandelsuntersuchungen die Kaufkraft und Haushaltseinkommen des Gebietes ein. Die Ermittlung erfolgt i.d.R. durch die Auswertung von Einkommensstatistiken der Finanzämter, Angaben über Transferleistungsgruppen etc. Die Problematik dieses Indikators besteht darin, dass die Werte des Kaufkraftindex bei kleineren Untersuchungsgebieten unpräziser werden. Längsschnittvergleiche sollten nicht überinterpretiert werden. Die Kaufkraftindices und Daten zu den HH-Einkommen können bei den Marktforschungsinstituten erworben werden.
	Haushaltseinkommen in Euro (durchschnittliches Haushaltseinkommen in Euro/Einwohner)	Einkommensniveau Haushalte	S					

SOZIALE LAGE, WOHN- UND LEBENSQUALITÄT, SOZIALE CHANCEN

Basisvariablensatz Monitoring						im Soziale-Stadt-Gebiet		
	Variable im Monitoring	Kurzbez. Indikator	Indikator für Struktur (S) und Dynamik (D) der Gebietsentwicklung	Datengrundlage / Quelle	Periodizität Stichtage	Gültigkeit und Relevanz des Indikators („+++“ i.e. sehr hoch.... „o“ i.e. eher indifferent)	Räumliche Kongruenz zu Soziale Stadtgebiet herstellbar	Erläuterungen zum Indikator in Aussage und Anwendung
Soziale Lage	Anteil der Sozialhilfeempfänger (Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt / 1000 EW) - BSHG	Anteil Sozialhilfeempfänger	S	komm. Stat., stat. LA, BA	p.a. 31.12.	+++ für Soziale Lage und Integration	ja, nach SAZ	Die Leistungen zum laufenden Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) sind seit dem 1.1.2005 ersetzt durch "Grundsicherung" nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II). Der Indikator ist für Längsschnittvergleiche weiter heranzuziehen.
	Anteil nicht-arbeitsloser Empfänger von Grundsicherung nach SGB in % der Einwohner	Anteil Grundsicherungsempfänger	S	komm. Stat., stat. LA, BA	p.a. 31.12.	+++ für Soziale Lage und Integration	ja, nach SAZ	Indikator für Einkommensarmut und wirtschaftliche Ausgrenzung."In diesem Indikator werden die nicht arbeitslos gemeldeten, erwerbsfähigen Empfängerinnen und Empfänger von Existenzsicherungsleistungen nach SGB II, die nichterwerbsfähigen ...Empfänger von Existenzsicherungsleistungen nach SGB II und die ...Leistungsempfänger nach SGB XII zusammengefasst." (Berlin)
	Anteil ausländischer nicht-arbeitsloser Empfänger von Grundsicherung in % der ausländischen Einwohner	Anteil ausländischer Grundsicherungsempfänger	S	BA	p.a. 31.12.	+++ für Soziale Lage und Integration	ja, nach SAZ	Der Indikator gibt Hinweise, inwieweit über das Merkmal Nationalität Differenzierungen in der Betroffenheit von Armut gemessen am Indikator "Grundsicherungsbedarf" bestehen.
	Anteil unter 15-jähriger Empfänger von SGB II – Leistungen a.d.Alterskohorte (%)	Kinder und Jugendliche SGB II – Empfänger	S	kommunale Statistik, BA	p.a. 31.12.	+++ für Soziale Lage und Chancen	ja, nach SAZ	"Kinder- und Jugendarmut ist in besonderem Maß eine ungünstige Voraussetzung an der Beteiligung in Bildung und sozialem Umfeld." (Berlin)
	Anteil Empfänger Grundsicherung im Alter von über 65 an der Bevölkerung über 65 Jahren gesamt	Altersarmut	S	BA	p.a. 31.12.	+++ für Soziale Lage und Integration	ja, nach SAZ	Der Indikator gibt Hinweise, inwieweit in der Gruppe Älterer besondere Betroffenheit von wirtschaftlicher Ausgrenzung vorliegt. Altersarmut ist i.d.R. Ausdruck von diskontinuierlichen Erwerbsbiografien und insbesondere ein Problem älterer Frauen.
	Arbeitslose am Wohnort (registrierte Arbeitslose nach SGB)	Arbeitslosigkeit	S	BA	p.a. 30.06. o. 31.12.	+++ für Soziale Lage und Integration	ja, nach SAZ	Indikator für die besondere Betroffenheit von der Krise des Beschäftigungssystems in einem Gebiet. Er ist aufschlussreich speziell im Vergleich zur Gesamtstadt und der Region und im zeitlichen Längsschnitt.
	Langzeitarbeitslose (Arbeitslose mit einer Bezugszeit von über einem Jahr in % der 18- bis 60-Jährigen)	Langzeitarbeitslose	S	BA	p.a. 30.06. o. 31.12.	+++ für Soziale Lage und Integration	ja, nach SAZ	"Die Arbeitslosigkeit wird zu einem strukturellen Problem, wenn sie sich...verfestigt, messbar durch den Anteil der Langzeitarbeitslosen (1 Jahr und länger arbeitslos) an allen Arbeitslosen". (BBR)
	Arbeitslosenquote (registrierte Arbeitslose am Wohnort /100 abhängigen Erwerbspersonen <sv-pflicht. Beschäftigten> zuzügl. Arbeitslose)	Arbeitslosenquote	S	BA	p.a. 30.06. o. 31.12.	+++ für Soziale Lage und Integration	ja, nach SAZ	"Die Arbeitslosenquote ist ein Indikator zur Beschreibung von Ungleichgewichten auf dem Arbeitsmarkt. Er drückt die regionale Betroffenheit der Erwerbspersonen von Arbeitslosigkeit aus." (BBR) Kleinräumig liegt i.d.R. nicht die Zahl der abhängig beschäftigten Erwerbspersonen vor, sondern die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Im Monitoring ist die Arbeitslosenquote deshalb nur auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu beziehen. Dies muss bei Vergleichen berücksichtigt werden.
	Quote der arbeitslosen Ausländer (Anteil der registrierten arbeitslosen Ausländer an den reg. Arbeitslosen insgesamt)	Ausländer Arbeitslosenquote	S	BA	p.a. 30.06. o. 31.12.	+++ für Soziale Lage und Integration	ja, nach SAZ	Hinweis auf besondere Problemgruppe des Arbeitsmarktes und Indikator für besondere Integrationsmaßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit von Ausländern.
	Quote der Jugendarbeitslosigkeit (registrierte Arbeitslose unter 25 Jahren am Wohnort/100 registrierte Arbeitslose)	Jugendarbeitslosenquote	S	BA	p.a. 30.06. o. 31.12.	+++ für Soziale Lage und Integration	ja, nach SAZ	Indikator für altersgruppenspezifische Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration."Der Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren an allen Arbeitslosen ist ein Strukturmerkmal der Arbeitslosigkeit. Der Indikator zeigt auf, wo der Anteil der jungen Generation stark unter den Arbeitslosen vertreten ist - unabhängig vom Niveau der Arbeitslosigkeit." (BBR)
Gesundheit	TBC: nach Infektionsschutzgesetz gemeldete TBC-Fälle auf 10.000 EW	TBC-Inzidenz	S	Gesundheitsämter	p.a.	++ Soziale Lage und Lebensqualität	ja, nach SAZ	Die Häufigkeit des Nachweises eines TBC-Erregers ist eine Variable in Abhängigkeit von Mängeln in Wohn- und Ernährungsverhältnissen, Belegungsdichte, Migration und ein medizinisch komplexes Ursachenbündel für erhöhte Inzidenz. Die erhöhte Häufigkeit ist ein deutliches Signal auf die besondere Handlungserfordernis im Feld Gesundheit. Die Meldung erfolgt nach BlnfSchG pflichtgemäß an die Gesundheitsämter unter Angabe des Wohnorts. Eine geommedizinische Auszählung erfolgt zumeist nicht, ist aber möglich.
	andere meldepflichtige Infektionserkrankungen auf 10.000 EW	meldepflichtige Infektionserkrankungen	S	Gesundheitsämter	p.a.	o Soziale Lage und Lebensqualität	kongruent n. SAZ	Anders als bei TBC sind die meisten anderen nach BlnfSchG meldepflichtigen Infektionskrankheiten z. B. Hepatitis erst nachrangig mit Standort- und Kontextmerkmalen verknüpft. Inwieweit sich in einer erhöhten Inzidenz eine Signalwirkung darstellt, muss mit den medizinisch Fachkundigen abgeklärt werden.
	Auffällige Kinder bei Schuleingangsuntersuchungen (auffällige Befunde/100 untersuchte Kinder)	Schuleingangsuntersuchungen	S	Gesundheitsämter	p.a.	++ Soziale Lage und Lebensqualität	Schulbezirke u.U. abweichend	Die Schuleingangsuntersuchungen sind die einzigen umfassenden Reihenuntersuchungen. Der Umfang der Auffälligkeiten ist Indikator für spezielle, aus dem sozialen Kontext stammende Handlungserfordernisse (Sprachentwicklung, ADS, Ernährung z. B.).

6. Interpretation der Monitoringergebnisse

Reflexion des Verwendungszusammenhangs von Monitoringergebnissen

Bei der Analyse und Auswertung von Indikatorenergebnissen empfiehlt es sich, den Verwendungszusammenhang zu bedenken: Handelt es sich um die Definition von Leitziele und Strategien oder handelt sich um operative Ziele und das Finden von Ansatzpunkten für Maßnahmen? Oder handelt es sich um die Definition von Zielerreichungsgraden und Evaluierungen?

Je nach angestrebtem Verwendungszusammenhang wird die Datenanalyse gröber oder intensiver sein. Für die Diskussion von zu setzenden Prioritäten wird ein Screening ausreichen, um die Haupthandlungsfelder zu bestimmen. Das Ermitteln passgenauer Maßnahmenkonzepte wird ein genaueres Hinsehen erfordern und möglicherweise auch das Einholen ergänzender Einschätzungen und Meinungen, sei es in der Lenkungsgruppe oder von örtlichen Akteuren oder Experten. Ähnliches gilt auch für die Frage der räumlichen Übereinstimmung von Erneuerungsgebiet und den statistischen Bezirken der Datengrundlage.

Gebietsabgrenzung und räumlicher Bezug der Daten

Monitoring im Rahmen der Sozialen Stadt muss aus arbeitsökonomischen Gründen oft mit „Aggregatdaten“ arbeiten, also solchen, die von den statistischen Ämtern räumlich in statistischen Bezirken zusammengefasst sind. Diese statistischen Aggregationen (z.B. Stadtteile und -bezirke, Schuleinzugsbezirke) decken sich räumlich nicht notwendig mit den nach anderen Kriterien abgegrenzten Programmgebieten der Sozialen Stadt.

Anders als bei den vorbereitenden Untersuchungen in der „klassischen Sanierung“ ist die Kongruenz von Stadterneuerungsgebiet und statistischer Bezugseinheit nicht unabdingbare Voraussetzung für das Monitoring: Die vorbereitende Untersuchung in der „klassischen Sanierung“ hat – neben der Definition eines Fördergebietes – vor allem die Funktion, für den rechtssicheren Einsatz des „Besonderen Städtebaurechts“ parzellenscharf ein Gebiet zu begründen, für das die Eingriffsrechte des besonderen Städtebaurechts in privates Recht als erforderlich bestimmt werden. Das Kriterium der räumlichen Abgrenzung ist damit wesentlich stärker als in der Sozialen Stadt vorbestimmt durch das Aufzeigen einer örtlichen Häufung städtebaulicher Missstandssituationen.

In der Sozialen Stadt wird zwar auch ein Fördergebiet abgegrenzt, doch definiert sich dieses zusätzlich nach Kriterien der Homogenität oder Ähnlichkeit des sozio-ökonomischen Kontexts und ähnlicher Lebenslagen und -qualitäten als Basis darauf gerichteter Maßnahmen. Sozio-ökonomische Lagen und Lebensqualitäten wechseln in der Regel nicht flurstücksbezogen, sondern in größeren räumlichen Mustern.

Räumliche Kongruenz von Programmgebiet und Aggregatdaten

Die Daten sollten möglichst deckungsgleich für das Programmgebiet ermittelt werden. Dort, wo dies aber arbeitsökonomisch nicht machbar ist, können auch Kontextdaten aus größeren Gebietszusammenhängen in ein Monitoring eingehen, wenn für

das entsprechende Handlungsfeld von einer gleichen oder ähnlichen Problemsituation ausgegangen werden kann.

Bei bestimmten Merkmalen werden die betreffenden statistischen Stellen dennoch gebietsbezogene Sonderauszählungen vornehmen müssen. Dies sind z.B. häufig Daten zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (mit dem Gebiet der Sozialen Stadt als Arbeitsort wie als Wohnort), der Arbeitslosen und Arbeit- und Ausbildungssuchenden.

Als Kriterium für die Notwendigkeit von kleinräumig kongruenten Kontextdaten kann die sozial- und altersgruppenspezifische Mobilität herangezogen werden. An ihr kann man erkennen, wie kleinräumig die Analyse erfolgen muss. Für die Versorgung mit Kindergartenplätzen z.B. ist diese Mobilität geringer anzusetzen als z.B. bei der Beschäftigung, bei der der regionale Arbeitsmarkt die Chancen der Bewohnerschaft des Soziale-Stadt-Gebietes bestimmt. Andererseits bestehen trotz eines allgemein guten Einzelhandelsangebots im Nahbereich möglicherweise für immobile Sozialgruppen Probleme in der örtlichen Nahversorgung.

Augenmaß bei der Wertung

Ein wesentliches Mittel, die „Auffälligkeit“ eines Gebietes zu bestimmen, ist der Vergleich von Indikatoren und Merkmalsausprägungen. Schließlich bemisst sich die Soziale Stadt als lokale Intervention an der Differenz von Stadtteilentwicklung zu größeren Einheiten und hat das Ziel der Heranführung an „normale“ Entwicklungen.

Um solche Sonderentwicklungen zu identifizieren, bedarf es des Augenmaßes für die Relevanz von in Kennwerten und Indikatoren sich ausdrückenden Auffälligkeiten. Nicht jede Abweichung vom Durchschnitt ist Ausdruck einer „ungesunden“ Struktur. Dies gilt vor allem für Relativ-Daten wie z.B. Altersstruktur, ethnische Zusammensetzung, Anteil an Arbeitslosen usw. Eine handwerkliche Probe auf die Relevanz ist, sich die Abweichung vom Durchschnitt, der zum Vergleich herangezogen wird, in absoluten Zahlen vorzustellen: Bei einem Gebiet von z.B. 5.000 Einwohnern macht ein um einen Prozent-Punkt höherer Anteil von über 65-Jährigen gerade mal 50 Einwohner aus. Diese Abweichung sollte aufgrund des kleinen Maßstabs in ihrer Bedeutung nicht überbewertet werden.

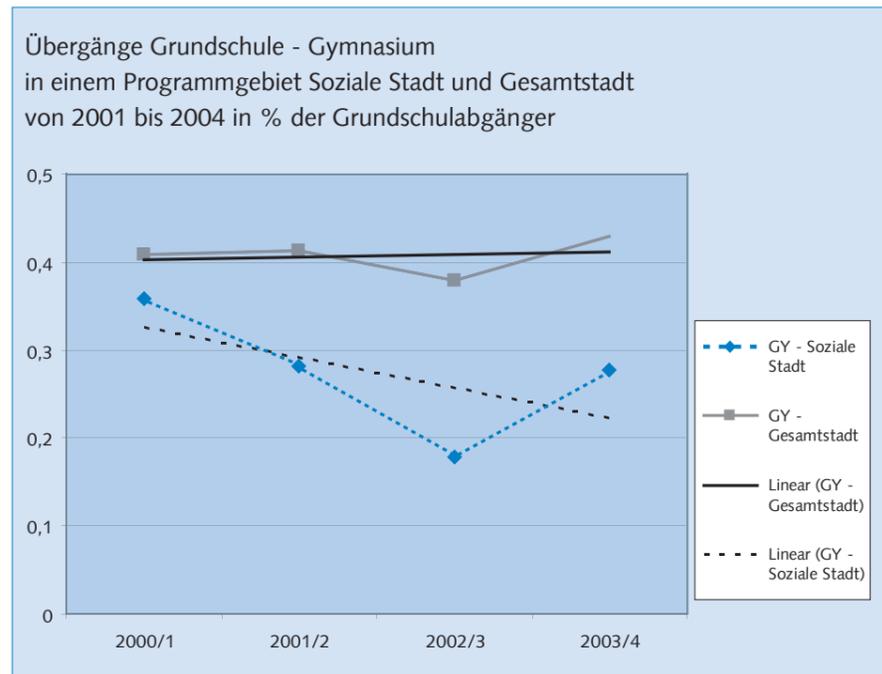
Relevanz

Eine zweite handwerkliche Probe auf die Relevanz solcher singulärer Merkmale ist die Prüfung, inwieweit diese im Zeitverlauf stabil sind oder sich gar der Abstand zur Vergleichsbasis vergrößert. Ein Beispiel hierfür wäre z.B. die Arbeitslosigkeit: Diese ist generell von konjunkturellen Entwicklungen des regionalen Arbeitsmarktes abhängig. Eine sich in einer Rezessionsphase öffnende Schere zu den Referenzdaten wäre also ein Hinweis auf das Bestehen eines Arbeitsmarktsegments von „last hired, first fired“ im Gebiet selbst dann, wenn sich in einer Phase der Hochkonjunktur nur geringfügige Unterschiede der Arbeitslosigkeit zur Gesamtstadt oder der Region nachweisen lassen.

Zum kritischen Umgang mit Indikatorwerten gehört auch, längerfristige Durchschnittswerte in Zeitreihen zu bilden oder Trends darzustellen, um singuläre Einflüsse auszuschließen oder zu glätten. Ein Beispiel hierfür ist die Bildungsbeteiligung, für

die u.a. die Übergangsquoten von der Primarstufe in die Sekundarstufe I als Indikator vorgeschlagen werden. Dies ist ein richtiger Hinweis auf Bildungschancen. In der Erfahrung zeigt sich aber, dass die Übergänge von der einzelnen Grundschule in die Schulformen der Sekundarstufe I von Jahr zu Jahr relativ großen Schwankungen unterliegen. Die Schulübergänge über ein paar Jahre hinweg zu glätten ergibt hier ein von solchen kurzfristigen „Ausreißern“ bereinigtes Bild auf das, was untersucht werden soll: die strukturelle Benachteiligung im Bildungswesen im Gebiet.

*Beispiel
aus dem Bereich Bildung
in einem Programmgebiet
Soziale Stadt; es zeigt die
Notwendigkeit der Glättung
durch mehrjährigen Durchschnitt.*



*Quelle:
Schulamt der
Programmgemeinde,
eigene Berechnung
E&P / GfS*

Plausibilitätsprüfung

Die Plausibilitätsprüfung dient dem Vergleich von Indikatoren, die auf ein ähnliches Thema gerichtet sind. Wenn zum Beispiel sowohl die Altersgruppe der über 65-Jährigen wie die der 45- bis 65-Jährigen überdurchschnittlich ist, wird eine gedankliche Trendfortschreibung ein auf „Senioren im Gebiet“ gerichtetes Maßnahmenkonzept stützen.

Solche Plausibilitätsprüfungen sind aber auch angezeigt, wenn es darum geht, statistisch unauffällige Befunde zu werten. Z.B. wird in einer Region mit allgemein hoher Arbeitslosigkeit ein auf Verbesserung der Arbeitsmarktchancen gerichtetes Konzept auch dann nicht falsch sein, wenn der Indikator für das Gebiet nur eine mäßig höhere Abweichung vom gesamtstädtischen Durchschnitt signalisiert.

Kritische Wertung der Indikatorgrundlagen

Statistische Begriffe werden im Laufe der Zeit durch Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen neu definiert. Ein Beispiel ist die Arbeitslosigkeit. Als Ergebnis der mit der Agenda 2010 eingeleiteten Arbeitsmarktreform haben sich neue Definitionen für „arbeitslos“ ergeben, die zu Veränderungen im statistischen Ausdruck der Indi-

katorwerte geführt haben. Geringfügig Beschäftigte, Mini-Jobber und Menschen in aktivierenden Maßnahmen der Agentur für Arbeit werden nicht mehr als Arbeitslose gezählt. Damit ist die Zahl der Arbeitslosen vor und nach der Arbeitsmarktreform nicht mehr direkt vergleichbar. Für Längsschnittanalysen sind deshalb die Zeitreihen für beide Merkmalsdefinitionen, vor und nach der Gesetzesänderung Sozialgesetzbuch (SGB), im Monitoring zu betrachten. Das gleiche gilt für den Anteil der „Armutbevölkerung“, die mit der Ablösung des Bundessozialhilfegesetzes durch das Sozialgesetzbuch statistisch neu definiert wurde.

Ein anderes Beispiel ist die Nationalitätenfrage. Durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts sinkt der Indikatorwert „Anteil von Ausländern“ und dies je nach Region insgesamt in unterschiedlichem Umfang, bezüglich der in Deutschland geborenen Kinder von Ausländern aufgrund des „Optionsmodells“ sogar massiv. Die Aufgabe der Integration von Migranten ist damit aber keine geringere geworden. Für die Ermittlung des Anteils von Bewohnern mit „Migrationshinweis“ bedarf es weiterer Abklärungen (z.B. bei den Kindergärten und den Schulen vor Ort).

Diese Hinweise sollen nicht dem Vorurteil „Statistik lügt“ Vorschub leisten, sondern zu einem grundlagenkritischen Umgang anleiten und damit helfen, Fehlinterpretationen und falsche Schlussfolgerungen zu vermeiden, wenn sich Indikatorwerte im Zeitverlauf auf Grund einer Neudefinition verändert haben könnten.

Datenanalyse und -interpretation

Die Wertung der mit Indikatoren ermittelten Befunde ist ein zweiter, methodisch von der Datengewinnung separater Schritt. Es ist die Interpretation der Monitoringergebnisse und Merkmalsausprägungen. In diese Wertung gehen einerseits universelle gesellschaftliche Werte und Normen ein. Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit z.B. wird immer und überall als problematisch angesehen werden. In anderen Feldern ist die Interpretation aber auch geleitet von persönlichen Wertvorstellungen und politischen Präferenzen. Ein hoher Ausländeranteil z.B. kann als „Gefahr der Überfremdung“ empfunden werden, genauso aber auch als „Widerspiegelung multikulturellen Pluralismus“ der Gesellschaft.

Zudem gibt es für die Indikatoren des sozialen Kontexts und der sozialen Lage keine feste Bezugsgröße, bei welcher Ausprägung eines Merkmals dies als kritische Struktur oder auffällige Entwicklung zu bezeichnen ist. Um einen Maßstab in der Wertung von Auffälligkeiten zu finden, wird man immer Vergleiche z.B. zur Gesamtstadt und zu Vergleichsgebieten, aber auch im Längsschnitt von Gebietsentwicklungen heranziehen müssen. Über die Vergleiche bestimmen sich dabei nicht nur Prioritäten und Handlungsfelder, sondern auch die Maßstäbe für die Erreichbarkeit von Zielen.

Kurz: Monitoring ist nicht einfach eine Zusammenstellung von Daten und statistischen Merkmalen, sondern setzt einen Diskurs über die Relevanz und das Handlungserfordernis dargestellter „Auffälligkeiten“ voraus. Ein guter Monitoringbericht übernimmt also beides: Er versucht ein sich in Indikatorenausprägungen ablesbares Abbild gesellschaftlicher Wirklichkeit (im Fall Soziale Stadt also ein Gebietsprofil in mehreren Analysedimensionen) zu vermitteln. Er überlässt aber die Daten nicht einer Interpretation durch Dritte, sondern zeigt neben Auffälligkeiten („Signale“) zugleich

auch Einordnungen in der Maßstäblichkeit auf und versucht sich an einer nachvollziehbaren Wertung.

Beispiel aus dem Bereich Bildung, bei dem durch Vergleich mit der Gesamtstadt ein Handlungsfeld und eine Zielgruppe von Maßnahmen bestimmt wird. Es ist hier die Häufung von Schulabgängern ohne Schulabschluss in den Schulen des Programmgebiets Soziale Stadt.

Schulentlassene aus den allgemeinbildenden Schulen nach Schulabschluss (Schuljahr 2001/2002)				
	Gesamtstadt		Programmgebiet Soziale Stadt	
Art des Schulabschlusses	insgesamt	davon Ausländ.	insgesamt	davon Ausländ.
ohne Schulabschluss	6,8%	11,7%	9,0%	15,5%
mit Sonderschulabschluss	2,7%	4,1%	3,2%	4,1%
Hauptschulabschluss	20,0%	30,4%	28,5%	25,5%
Realschulabschluss	32,8%	37,1%	40,4%	35,6%
Hochschulreife	37,8%	16,8%	18,9%	19,3%

Quelle: Schulamt der Programmgemeinde, eigene Berechnung E&P / GfS

Für die Praxis heißt dies, dass der Monitoringbericht neben den objektiven Werten in den einzelnen Indikatoren auch Wertungen und Interpretationen beinhaltet, möglicherweise sogar zu Ursachen. Diese Wertungen können strittig sein. Diskussionen darüber sind aber bezogen auf das Projektteam und die Lenkungsgruppe auch eine positive Klärung über Positionen und zu ziehende Konsequenzen, die in Hinblick auf die Akzeptanz eines Entwicklungskonzepts und darin festgelegter Prioritäten nur förderlich sein kann.

Vergleich als Mittel zur Relevanzbestimmung

In der Indikatorenforschung wird gern mit Clustern gearbeitet. Cluster sind räumliche oder soziale Bestimmungen möglichst ähnlicher Untersuchungseinheiten in mehreren Dimensionen und Merkmalen. Grundlage für die Zuordnung in Cluster größter Ähnlichkeit sind mathematisch-statistisch angeleitete Analyseverfahren. Die verwandten statistischen Verfahren setzen eine größere Zahl von Untersuchungseinheiten voraus, die im Regelfall im Feld der Sozialen Stadt in einer Programmkommune nicht gegeben ist.

Für den Einstieg in ein Monitoring im Programm der Sozialen Stadt wird hier deshalb das Mittel des Vergleichs vorgeschlagen und dies sowohl in der Funktion des Monitorings zur Strukturanalyse (z.B. bei der Gebietsauswahl, der räumlichen Abgrenzung des Programmgebietes Soziale Stadt, der Identifizierung besonderer Problemgruppen usw.) wie auch bei der Analyse von Entwicklungsverläufen. Das gleiche gilt in der Vorbereitung von Evaluierungen und der Entwicklung von Verstetigungsansätzen.

Spezifische Arbeitslosendichte* in einem Programmgebiet der Sozialen Stadt und in der Gesamtstadt am 30.06.2002								
	Ins-gesamt	Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer	15 bis 25 Jahre	25 bis 55 Jahre	55 bis 65 Jahre
Programmgebiet Soziale Stadt	8,2%	10,1%	5,9%	9,3%	7,2%	4,7%	9,4%	7,1%
Gesamtstadt	5,2%	6,2%	4,1%	4,7%	6,1%	3,2%	5,7%	4,9%
Index Programmgebiet (Gesamtstadt = 100)	158	163	144	198	118	147	165	145

* Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung mit Hauptwohnung in Prozent

Der Vergleich des Soziale-Stadt-Gebietes mit anderen räumlichen Einheiten hat als Bezugsgröße unbedingt die Gesamtstadt und wenn möglich auch andere Stadtteile. Bei der Vorbereitung der Programmaufnahme wird dies ohnehin meist erfolgen. Hilfreich sind Vergleichsdaten der Region und des Landes. Die Datenbeschaffung auf höher aggregierter räumlicher Ebene (Arbeitsamtsbezirk, Planungsregion, Regierungsbezirk...) bereitet zumeist keine Schwierigkeit.

Erhöhte Integrationsanforderung durch hohe Mobilität	
Zuzüge von außerhalb der Stadtgrenzen in das Programmgebiet Soziale Stadt und ausgewählte Stadtteile (auf 1000 EW)	
	Zuzüge von außerhalb/1000 EW
Soziale Stadt-Gebiet	102
Universitätsviertel	114
"bürgerliche Wohnviertel"	45
Gesamtstadt	74

Überlegt werden sollte, inwieweit das Gebiet der Sozialen Stadt selbst eine sozial-räumliche Einheit darstellt. Hier wäre das Programmgebiet nicht mit anderen Stadtteilen zu vergleichen, sondern die Teilräume des Programmgebietes miteinander. Vorstellbar sind durchaus Gebiete der Sozialen Stadt mit unterschiedlichen inneren Strukturen, so dass zwar alle Teilgebiete Handlungsbedarf aufweisen, dies jedoch in unterschiedlichen Handlungsfeldern (wenn z.B. ein Teilgebiet durch Rentner, ein anderes durch Migranten geprägt ist). Der statistische Durchschnitt über das Gesamtgebiet glättet die Merkmalsausprägungen und verstellt so die Sicht auf die wirkliche Größenordnung von Problemen und Rahmenbedingungen in den Teilgebieten. Inwieweit es sich um inhomogene Gebiete der Sozialen Stadt handelt, ist den Akteuren

Beispiel für die Identifizierung besonderer Problemgruppen, hier des Arbeitsmarktes, mit den Mitteln des Vergleichs. In diesem Beispiel ist nicht nur der Stadtteil überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Es sind dabei in ganz besonderer Weise Deutsche und die mittleren Altersgruppen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Melderegister der Programmgemeinde, eigene Berechnung E&P / GfS

Beispiel für den Vergleich des Programmgebietes Soziale Stadt mit anderen Stadtteilen. Das Beispiel zeigt eine hohe Zuwanderung im Programmgebiet annähernd auf dem Niveau des Universitätsviertels. Bei völlig anderen soziographischen Voraussetzungen resultiert daraus eine erhöhte Integrationsanforderung im Programmgebiet.

Quelle: Melderegister der Programmgemeinde, eigene Berechnung E&P / GfS

in der Planung und bei den statistischen Ämtern zumeist im Vorfeld bekannt. Eine Antwort darauf kann darin bestehen, das Monitoring für die Gebietsteile getrennt aufzubauen und teilsräumliche Maßnahmenswerpunkte zu bilden.

Periodizität eines Monitorings und Stichtage für die Indikatoren

Die meisten der hier für den Aufbau eines Monitoring vorgeschlagenen Variablen sind solche aus amtlichen Statistiken, die mindestens jährlich erhoben werden. Die Periodizität, mit der ein Monitoring als Strukturanalyse aktualisiert werden kann und sollte, wäre deshalb der Jahresrhythmus. Dies empfiehlt sich allein schon zur Routinisierung der Datengewinnung.

Verschiedene Daten werden unterjährig erhoben, etwa als Monats- oder Quartalsberichte. Eine Monitoringfortschreibung in unterjähriger Frequenz ist allgemein nicht machbar. Es ist darauf zu achten, dass bei der Fortschreibung jeweils der gleiche Stichtag verwandt wird, um kein durch saisonale Schwankungen verzerrtes Entwicklungsbild zu erhalten. Bei Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsdaten wäre z.B. dem Stichtag 30.06. der Vorzug vor dem 31.12. zu geben, weil die jahreszeitlich bedingte Schwankung hier geringer ist (z.B. wegen der saisonalen Arbeitslosigkeit in den Bauberufen). Es versteht sich von selbst, dass Stichtag bzw. Stichjahr im Monitoring anzugeben sind.

Die vorgeschlagenen Basisvariablen beinhalten des weiteren Merkmale, die nur über spezielle Erhebungen und Sonderauswertungen ermittelt werden können, speziell bei den städtebaulichen Variablen. Sofern deren Aktualisierung nicht durch Datengewinnung im laufenden Geschäft erfolgt (wie z.B. bei Modernisierungs- und Baumaßnahmen), ist eine Aktualisierung im Mehrjahresrhythmus ausreichend.

Aggregatdaten

Nicht nur die Ungleichheit von statistischen Bezirken und Soziale-Stadt-Gebieten ist eine in der Praxis auftretende Schwierigkeit, sondern auch die Zusammenfassung von „diskret“ verteilten Merkmalen, z.B. Betriebsgrößen und Alter zu Klassen. Diskrete Verteilung heißt, dass die gesamte numerische Bandbreite (bei Alter z.B. von 0 bis 100) vorkommt und zur Handhabbarkeit in Intervalle (hier Alterskohorten und Jahrgangsgruppen) zusammengefasst werden muss. Die verschiedenen statistischen Ämter bilden diese Intervalle je nach Zweck der Auswertung unterschiedlich (bei Alter z.B. „unter 15-Jährige“ versus „unter 18-Jährige“). Da die Kooperation mit den statistischen Ämtern unerlässlich ist, wird man sich in der Praxis auf deren routinemäßige Zusammenfassung einstellen und aus pragmatischen Gründen diese im Monitoring fortführen müssen. Dort, wo man innerhalb der vorgegebenen Intervalle eine Gleichverteilung annehmen kann, wird eine Interpolation von Werten zulässig sein, indem der Durchschnittswert aus dem Datenaggregat als Näherungswert verwendet wird.

7. Fazit

Die Einführung von Monitoringsystemen wird in Zukunft für Städte und Gemeinden zunehmend an Bedeutung gewinnen, um den Berichtspflichten gegenüber Förderstellen Rechnung zu tragen, vor allem aber, um auf zunehmend komplexere Entwicklungen in Stadtgebieten mit Entwicklungsstrategien reagieren zu können.

Monitoring ist unabhängig von den Förderkulissen ein Instrument, um „auffällige“ Stadtentwicklungsräume zu identifizieren und Grundlagen für Handlungs- und Interventionsstrategien zu erhalten. Mit dem Einsatz von Monitoringsystemen werden Entwicklungen nachvollziehbar und transparent. Auf der Basis von Gebietsstrukturen und Entwicklungsverläufen kann der Bedarf an Interventionen in Stadtteilentwicklungsprozesse ermittelt werden. Dadurch, dass ein Monitoring mehrere Dimensionen von Quartiersentwicklung umfasst, können Handlungsfelder übergreifende Entwicklungskonzepte erarbeitet werden.

In der Zusammenarbeit von Quartiersmanagement, Arbeitsgruppen, Lenkungsgruppen und Beiräten versachlicht Monitoring eine Abstimmung über Prioritäten und Konzepte und erweitert den Blickwinkel der Verfahrensbeteiligten auf das komplexe System „Stadtquartier“.

Monitoring hat aber auch eine wesentliche Funktion in der Kommunikation des Vorhabens Soziale Stadt in der politischen wie der breiten Öffentlichkeit. Es begründet mit dem „besonderen Entwicklungsbedarf“ eines Gebiets die Notwendigkeit, Geld und Personal hierfür prioritär bereitzustellen. Diese Vermittlung von Stadtteilinteressen und -anforderungen in die politischen Gremien hinein ist von besonderer Bedeutung, wenn es beim Auslaufen der Bund-Länder-Förderung darum geht, die mit dem Programm Soziale Stadt bewirkten Erfolge zu sichern und die Handlungsansätze zu verstetigen.

Die Arbeitshilfe will aufzeigen, dass die Grundlage für ein Monitoring mit einem begrenzten Mehraufwand zu legen ist, ja mehr noch: Dass diesem anfänglichen Mehraufwand im Laufe der Durchführung ein Vielfaches an „ersparter Arbeit“ gegenübersteht, allein durch die Systematik der Datengewinnung und -sicherung für spätere Einsatzzwecke.

Der modulare Aufbau des Indikatorensystems erlaubt einen sukzessiven Aufbau des Monitorings ohne Eingangshürde. Die einfachen rechnerischen Operationen der Indikatorbildung ermöglichen zudem allen Beteiligten das „Mitreden“ in der Wertung von Ergebnissen.

Monitoring erfordert eine Grundsatzentscheidung zu seinen Gunsten und die stete Verpflichtung aller Verfahrensbeteiligten, dieses Hilfsmittel mit aufzubauen und zu aktualisieren. Mitwirkung ist auch gefordert bei den statistischen Ämtern, Behörden und sonstigen Bereitstellern von Daten.

Für die Einführung von Stadtraumbeobachtungsinstrumenten in Kommunen nimmt das Programm Soziale Stadt mit dem Monitoring eine Vorreiterrolle ein. Manche Probleme, denen mit dem Programm Soziale Stadt abgeholfen werden soll, sind das Resultat eines lange unbeachteten Prozesses. Die Beobachtung solcher Entwicklungen

allein beseitigt noch nicht deren Ursachen. Ein Frühwarnsystem wie das Monitoring stellt jedoch Transparenz über die sozialräumlichen Prozesse her und ermöglicht ein rasches Reagieren darauf.

Literaturverzeichnis (Auswahl)

Amt für Stadtforschung und Statistik Nürnberg und Fürth: Integrations-Monitoring in Nürnberg, ppt-Präsentation zum Praxisnetzwerk am 22.03.2007 in Frankfurt a.M. - Nürnberg 2007

Becker, Heidede: Qualitätsmanagement und Politiksteuerung durch Evaluierung und Monitoring. In: Deutsches Institut für Urbanistik: Strategien für die Soziale Stadt. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen - Berlin 2003, S. 208 – 225

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Raumb Beobachtung.de. Das räumliche Informationssystem des BBR - Berlin 2008, URL: http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_21288/DE/Raumb Beobachtung/raumb Beobachtungde__node.html?__nnn=true, entnommen am 23.07.2008

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Herausforderungen deutscher Städte und Stadtregionen. Ergebnisse aus der Laufenden Raum- und Stadtbeobachtung des BBR zur Entwicklung der Städte und Stadtregionen in Deutschland. BBR-Online-Publikation, Nr. 8/2006 - Bonn 2006

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Perspektiven der Raumentwicklung in Deutschland - Bonn, Berlin 2006

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Städte der Zukunft. Kompass für den Weg zur Stadt der Zukunft. Indikatoren gestützte Erfolgskontrolle nachhaltiger Stadtentwicklung. Eine Orientierungshilfe für die kommunale Praxis - Bonn 2004

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS); Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland. Werkstatt: Praxis Heft 52 - Bonn 2007

Conseil d'orientation de l'Observatoire nationale des Zones urbaines sensibles (ZUS): Rapport 2005

Difu – Deutsches Institut für Urbanistik: Zweiter fachpolitischer Dialog zur Sozialen Stadt – Ergebnisse der bundesweiten Zwischenevaluierung und Empfehlungen zum Ergebnistransfer - Berlin 2004

Difu – Deutsches Institut für Urbanistik: Bundestransferstelle Soziale Stadt. Dritte bundesweite Befragung in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“. Zentrale Ergebnisse und Empfehlungen - Berlin 2006

Difu – Deutsches Institut für Urbanistik: Bundestransferstelle Soziale Stadt. Dritte bundesweite Befragung Programmgebiete „Soziale Stadt“. Endbericht zur Auswertung - Berlin 2006

Difu – Deutsches Institut für Urbanistik: Soziale Stadt info 21. Schwerpunkt: Verstärkung und Monitoring in der Sozialen Stadt - Berlin 2007

Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa der Freien Hansestadt Bremen: Soziale Stadtentwicklung in Bremen. Monitoring „Soziale Stadt Bremen“ - Bremen 2008,

URL: <http://www.bauumwelt.bremen.de/de/detail.php?gsid=bremen02.c.7178.de>, entnommen am 24.07.2008

European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions; Council of Europe (Hrsg.): Housing and integration of migrants in Europe. CLIP Network, Cities for Local Integration Policy - Strasbourg Cedex 2007

Göddecke-Stellmann, Jürgen; Kocks, Martina: Die Soziale Stadt – acht Jahre Städtebauförderung für eine sozial orientierte Stadtpolitik. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Informationen zur Raumentwicklung - Bonn 2007, Heft 6.2007, S. 391 - 403

Häußermann, Hartmut et al: Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin. Fortschreibung für den Zeitraum 2005 – 2006. Langfassung. Im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin - Berlin 2007, URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2007/Endbericht-Monitoring2007.pdf, entnommen am 20.07.2008

Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (Hrsg.): Jahresbericht 2007 der Begleitforschung Stadtumbau Ost Land Sachsen-Anhalt – Berlin 2008, URL: <http://www.stadtumbau-sachsen-anhalt.de/monitoring>, entnommen am 25.07.2008

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Monitoring und Controlling in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf. Reader zum Workshop - Dortmund 2001

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Raubeobachtungssysteme als Instrumente der integrierten Stadtteilentwicklung. Zusammenstellung der Referate zum Fachgespräch am 29. November 2001 im ILS - Dortmund 2003

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Ziele und Indikatoren in der integrierten Stadtteilerneuerung. Dokumentation des Workshops am 15. Juli 2002 - Dortmund 2003

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Zielentwicklung, Projektcontrolling und Evaluation in der integrierten Stadtteilerneuerung. Dokumentation des Workshops am 13. Februar 2003 - Köln 2003

IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH, im Auftrag des Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Die Soziale Stadt - Ergebnisse der Zwischenevaluierung, 2004, URL: <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/evaluationsberichte/zwischenevaluierung-2004/>, entnommen am 17.07.2008

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen; Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) der Ruhr-Universität Bochum: Städte- und Regionalmonitoring. Gutachten für die Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ des Landtags Nordrhein-Westfalen - Dortmund, Bochum 2004

KGSt – Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (Hrsg.): Integrationsmonitoring. Materialien Nr. 2/2006 - Köln 2006

Landesamt für Bauen und Verkehr, Brandenburg (Hrsg.): Stadtumbaumonitoring im Land Brandenburg. Monitoringbericht 2008, Frankfurt/Oder 2008, URL: http://www.lbv.brandenburg.de/dateien/stadt_wohnen/Monitoringbericht_2008__Berichtsjahr2006.pdf, entnommen am 21.07.2008

Landesamt für Bauen und Verkehr, Brandenburg (Hrsg.): Stadtumbaumonitoring im Land Brandenburg. Indikatorenkatalog, Frankfurt/Oder 2006, URL: http://www.lbv.brandenburg.de/dateien/stadt_wohnen/Indikatorenkatalog_06-06-21.pdf, entnommen am 21.07.2008

Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern (Hrsg.): Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt in Bayern. Wege zu Integriertem Handeln. Empfehlungen zur Programmdurchführung - München 2003

Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern (Hrsg.): Fünf Jahre Soziale Stadt. Über Potenziale kooperativer und integrierter Stadtteilentwicklung. Strategien, Konzepte, Maßnahmen, Akteure. Einladung zur Fachtagung - Augsburg 2004

Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (Hrsg.): Monitoring der sozialen Stadt- und Regionalentwicklung Rhein-Main. Dokumentation der Auftaktveranstaltung am 2. Juni 2006 - Frankfurt 2006

Prognos: Prognos Zukunftsatlas 2007 – Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb - 2007

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin: Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2007 - Berlin 2007, URL: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/, entnommen am 18.07.2008

Soziologisches Forschungsinstitut e.V. (SOFI): Machbarkeitsstudie Monitoring Soziale Stadt- und Regionalentwicklung Rhein-Main - Göttingen 2006

Strohmeier und Kersting GbR: Soziale Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung. Indikatorengestütztes Monitoring im Rahmen der Evaluation des integrierten Handlungsprogramms „Soziale Stadt“ in Nordrhein-Westfalen. Projektbericht. Kurzfassung - Essen 2008, URL: http://www.soziale-stadt.nrw.de/praxis/evalupop_2.html, entnommen am 24.07.2008

Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr: Monitoringbericht 2007 der Begleitforschung - Erfurt 2007, URL: <http://www.begleitforschung-stadtumbau-thueringen.de>, entnommen am 24.07.2008

Impressum

Soziale Stadt – Arbeitshilfe Monitoring

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Internet: www.bmvbs.de

**Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung**
Deichmanns Aue 31 - 37
53179 Bonn

Internet: www.bbsr.bund.de

Projektleitung: Martina Kocks

Bearbeitung

Arbeitsgemeinschaft
Eigler & Partner
Gesellschaft für Kommunalberatung mbH
Südstraße 51
64589 Stockstadt/Rhein

Dipl.-Soz. Herbert Eigler
Dipl.-Ing. Sigrid Bormann

E-Mail: info@esprojekt.de
Internet: www.esprojekt.de

Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH
Rembertiring 27
28195 Bremen

Dipl.-Geogr. Petra Kurzhöfer
Dipl.-Geogr. Antje Campen
Dipl.-Geogr. Guido Veltel

E-Mail: info@gfs-bremen.de
Internet: www.gfs-bremen.de

Stand

September 2009

Bezugsquelle

**Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung**
Deichmanns Aue 31 - 37
53179 Bonn

E-Mail: silvia.becker@bbr.bund.de

Gestaltung und Satz

formathoch2 | Andrea Künzel, Bremen

Druck

merlin druckerei | Bremen



C8
2.463 EW

C9
151 EW